

„Es ist 5 vor 12“, hatten die ver.di-Senderverbände bei ORB und SFB gemahnt: Für den Erhalt von Mitbestimmungsrechten bei der Fusion wurde am 11. Juni vor dem Roten Rathaus demonstriert. Foto: transitiv.Polentz

DER DEMOKRATIE AUF DIE SPRÜNGE HELFEN

RBB-Gründung: Staatsvertrag zunehmend in der Kritik

Bush-Kritiker und Gegner des Afghanistan-Krieges, Busfahrer und Bauarbeiter, die für Tarif-treue demonstrieren, Pädagogen mit der Forderung „Rettet die Bildung“ – sie und andere Protestierende machten in diesem Frühjahr die Hauptstadt zum Ort streitbarer Demokratie. Der Protest von zweihundert SFB- und ORB-Beschäftigten zur Unterzeichnung des Staatsvertrages zur RBB-Gründung nahm sich da beinahe bescheiden aus. Dennoch steht viel auf dem Spiel. Es geht darum, wie der künftige Rundfunk Berlin-Brandenburg verfasst ist.

Der Berliner Senat und die Potsdamer Landesregierung stimmten dem Fusionsstaatsvertrag ohne Änderungen zu. Doch regt sich nicht nur gewerkschaftlicher Unmut. Auch der ORB-Rundfunkrat und selbst die Regierungsfractionen PDS und SPD melden jetzt Bedenken an. ver.di und DJV, die Personalräte beider Sendeanstalten wenden sich v.a. gegen die Einschränkung von

Mitbestimmungsrechten. „Der Staatsvertragsentwurf entspricht nicht dem Selbstverständnis und Auftrag eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der der Demokratie verpflichtet ist“, kritisierte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Frank Werneke. Das vorgesehene Bundespersonalgesetz enthält keine Mitbestimmung bei Kündigung. Auch wenn das beim RBB zumindest bei ordentlichen Kün-

digungen mit Sonderregelung gesichert sein soll, die Personalräte warnen bereits im Fusionsprozess vor betriebsbedingten Kündigungen. „Autoritäres Denken“ wie man es bisher nur aus Zeitungsverlagen wie bei Axel Springer kenne, kritisiert ver.di. Am geplanten Redaktionsstatut. Es sichere eine gefährliche Machtfülle des Intendanten. Das sei „ein Schlag ins Gesicht des kriti-

SOLIBASAR AUF DEM ALEX

Der traditionelle Solidaritätsbasar der Berliner Journalistinnen und Journalisten wird mit ver.di fortgeführt. Die Schirmherrschaft über die nun siebente Auflage hat ver.di-Chef Frank Bsirske übernommen. Der Basar findet diesmal bereits am **24. August** ab 10 Uhr auf dem Berliner Alexanderplatz statt. Spenden und Aktionserlöse gehen an die „Kinderhilfe Hyvon e. V.“. Der bundesweit tätige Verein mit Sitz in Berlin wird davon den Aufbau eines Heimes für Straßenkinder in Ca Mau, einer Stadt im Süden Vietnams, finanzieren. Bisher haben 50 Verlage, Redaktionen und non-profit-Organisationen ihre Teilnahme angemeldet.

AUS DEM INHALT

SEITE 3

Freie wollen bei RBB mitreden

SEITE 4

Potsdamer Stadtfernsehen in der Krise

SEITE 6/7

Lesemarathon in fünf Etappen

SEITE 8/9

Tariffbewegung 2002

SEITE 13

Tänzer gegen Ballettfusion

schen Journalismus. Einen solchen Journalismus aber braucht unsere Gesellschaft dringend“, so Frank Werneke. Die neue Zusammensetzung des Rundfunkrates sieht zudem vor, dass sich ver.di und der DJV einen Sitz teilen müssen. Noch vor der Sommerpause sollen die Landesparlamente beschließen. Inzwischen fiel unter Kritikern das Wort Volksbegehren.

Mit den Abschlüssen von 3,4% mehr Lohn und Gehalt für die Beschäftigten in der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie sowie der Druckindustrie ab 1. Mai 2002 bei jeweiligen 12monatigen Laufzeiten hat die Gewerkschaft ver.di zwei erste positive Ergebnisse in der Tarifbewegung 2002 erzielt.

Dass sie der Gewerkschaft nicht in den Schoß gefallen sind, zeigt die Zahl der notwendigen Verhandlungsrunden. In der Papierverarbeitung waren immerhin vier nötig, in der Druckindustrie sieben. Die Vorbereitung in der Druckindustrie hat den Verhandlungen den nötigen Nachdruck verliehen.

Darüber hinaus wurde bundesweit in beiden Tarifbereichen in ca. 300 Betrieben durch verhandlungsbegleitende Warnstreiks der entsprechende Druck erzeugt.

In Berlin beteiligten sich vier Betriebe im Bereich der Druckindustrie und ein Betrieb im Bereich der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie an Streikaktionen.

Die Kolleginnen und Kollegen des Springer-Druckhauses Spandau, der GMZ-Druckerei, der Druckerei Thormann & Goetsch sowie von Elsnerdruck und die Kolleginnen und Kollegen der Schöneberger Buchbinderei haben dazu beigetragen, dass dieses positive Tarifergebnis erzielt wurde. Sie haben für die immerhin knapp 25.000 Beschäftigten in der Druckindustrie Berlin sowie in der

Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie Berlin-Brandenburg diese Entgelterhöhung aktiv mit erkämpft.

Leider gilt der Tarifabschluss für die Druckindustrie bisher nicht in den Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, da der Verband Druck und Medi-

dam, da beide Firmen zum 31.12.2001 aus dem regionalen Arbeitgeberverband der Druckindustrie ausgetreten sind.

Dass diese Tarifabschlüsse erst ein Auftakt waren und sich auf weitere Tarifbereiche nicht ohne Druck übertragen lassen, zeigen die gescheiterten Verhandlungen

Dass Arbeitgeber offenbar nur an den Verhandlungstisch zu zwingen sind, zeigen auch die Haustarifverhandlungen im Berliner Friedrichstadtpalast. Sie ziehen sich jetzt schon über vier Jahre hin, ohne dass der Gewerkschaft verhandlungswürdige Angebote vorgelegt worden sind. Bei einem 2-Prozent-Angebot sieht dagegen der Berlin-Brandenburgische Buchhändler- und Verlegerverband bisher das Ende der Fahnenstange erreicht. – Es bleibt also noch einiges tun. Das betrifft auch die für den Sommer anstehenden Tarifverhandlungen für die Gehälter der Redakteure in Tageszeitungen und Zeitschriften.

Die Tarifbewegung 2002 zeigt aber schon jetzt einmal mehr, dass es für eine Gewerkschaft nicht ausreicht, eine große Anzahl von Mitgliedern zu haben, sondern es darauf ankommt, dass diese auch bereit sind, für ihre Interessen einzutreten. Die Gewerkschaft, das sind vor allem ihre Mitglieder, nicht der Apparat. Und Gewerkschaftsmitgliedschaft bedeutet keine Versicherung, bei der man als Gegenleistung für Beitragszahlungen ohne eigenes Zutun jährlich automatisch Gehalts- und Lohnerhöhungen erhält. Auch deshalb sollten wir uns bei weiteren Tarifbewegungen 2002 in unseren Branchen gegenseitig solidarisch beim Durchsetzen unserer gewerkschafts- und tarifpolitischen Forderungen unterstützen.

AUF EIN WORT

TARIFE 2002 – BEWEGUNG UND ERSTE ERFOLGE



Foto: transitiv, Polentz

ANDREAS KÖHN, FACHBEREICHSLEITER
MEDIEN, KUNST, INDUSTRIE BERLIN-BRANDENBURG IN VER.DI

en e.V. Berlin-Brandenburg dem Bundesverband Druck und Medien e.V. in der dritten Verhandlungsrunde für das Land Brandenburg das Mandat entzogen hatte. Damit stehen hier noch regionale Nachverhandlungen zur Übernahme des Tarifabschlusses an. Es laufen derzeit auch Tarifverhandlungen für die Übernahme des Tarifabschlusses bei der Märkischen Oderzeitung Frankfurt/Oder sowie bei der Märkischen Allgemeinen Zeitung Pots-

für den Kinobereich mit dem Arbeitgeberverband ardi, zuständig für die UFA- und CinemaxX-Kinoketten. Hier wird nur zu einem akzeptablen Tarifergebnis zu kommen sein, wenn die Beschäftigten den entsprechenden Druck durch Arbeitskampfmaßnahmen erzeugen.

Die Vorbereitungen dafür sind angelaufen, denn noch weigert sich der Arbeitgeberverband an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

BUCHTIPP

IM BLICK: MEDIENGIGANTEN

VER.DI 2001

„Reader Medienökonomie 2001“ heißt die neue Ausgabe einer Schrift, hinter deren Namen sich die profunde Analyse der großen Zeitungs-, Fernseh-, Funk-, Kino- und Buchkonzerne versteckt. Das von ver.di herausgegebene 168-seitige Heft ist ein nützlicher Wissensspeicher und eine praktische Argumentationshilfe für jeden Betriebs- und Personalrat, für jeden Gewerkschafter, der in der Branche tätig ist oder über sie Bescheid wissen will. Denn aus der vorliegenden Bilanz der Jahre 2000/2001 sind Schlüsse für gewerkschaftliche Aktivitäten zu

ziehen und, wie Frank Werneke vom ver.di-Bundesvorstand und Martin Dieckmann als Fachgruppenleiter Verlage und Agenturen im Vorwort betonen, „Alternativen zu entwickeln und durchzusetzen“.

Die Dokumentation, zusammengestellt von Gert Hautsch, zeigt sowohl die expandierende Fusionierung von Medienunternehmen wie auch den davon ausgehenden Druck auf die Arbeitnehmer. Nach einer (unvollständigen) Übersicht werden im Heft für den Zeitraum von September 2000 bis August 2001 an die 235 Fusionen und Kooperationen nachgewiesen, an denen deutsche Medienunternehmen beteiligt sind.

An der Spitze solcher Ballungsstrategien (und damit des Umsatz-

zes) steht der Bertelsmann-Konzern.

Wenn die Großunternehmer heutzutage Lohnforderungen der Beschäftigten stets mit der stereotypen Klage von weltweiter Krise und allseitiger Einschränkung beantworten, so ist die eigene Beschränkung eine Farce, wie eine im Heft nachzulesende „Spiegel“-Untersuchung zeigt: Die Jahresbezüge der Medien-Spitzenmanager sind weiter im Steigen begriffen, heißt es da. Der ehemalige Springer-Zeitungsvorstandsvorsitzende Gus Fischer hat im Jahr 23 Millionen Mark verdient; die 16 Blätter dieses größten deutschen Verlagshauses schöpften 23,6 Prozent des Zeitungsmarktes ab. Bertelsmann-Chef Thomas Middelhoff hat mit 8,6 Millionen Mark im-

mer noch Platz 7 der Rangliste deutscher Spitzenverdiener inne. Das Heft bietet viele Informationen, wie die Beteiligten der Mediengiganten in der Region Berlin-Brandenburg, die Entwicklung der Preise für die Übertragungsrechte an Fußballspielen – auch im Zusammenhang mit der derzeitigen Kirch-Insolvenz sehr interessant –, Übersichten über Europas Medienriesen oder einen Report über die 100 größten deutschen Buchverlage. Insgesamt ein studienwertes Leseheft. **Hans-Hermann Krönert**

„Reader Medienökonomie 2001“ erhältlich: ver.di-Bundesverwaltung, Ressort 14, Verlage und Agenturen, Potsdamer Platz 10, Haus 3, 10785 Berlin. Tel: 030-6956 2343, Fax 030-6956 3654. Für ver.di-Mitglieder kostenlos, sonst 13 Euro.

Freie wollen mitreden

Fusion SFB/ORB: Freienbeirat geplant

Die gewerkschaftlichen Freienvertreter von SFB und ORB wollen bei der geplanten Fusion der beiden Rundfunkanstalten mitreden. Gemeinsam fordern sie im Namen der Freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bei der Planung und Gestaltung der Fusion mit eingebunden zu werden, schließlich sind sie tragende Stützen des täglichen Sendebetriebs.

Wachsender Bedeutung entsprechen

Neben einer Beschäftigungsgarantie für die Freien beider Sender wird auch eine institutionalisierte Vertretung gefordert, die der gewachsenen Bedeutung der Freien gerecht wird. Thomas Klatt, Freienvertreter beim SFB, hat ein konkretes Ziel vor Augen: Er will, dass Freie im Personalrat sitzen und wie die festangestellten Personalräte behandelt werden. Das heißt, Freistellung und Bezahlung durch die Anstalt. Klatt orientiert sich dabei an der Regelung im Saarland, mit der freie Mitarbeiter zur Gruppe der Angestellten gezählt werden und damit auch Zugang zum Personalrat haben. Um dies in Berlin und Brandenburg zu erreichen, wäre eine Änderung des Personalvertretungsrechts der Länder

nötig, denn das beschränkt die Zuständigkeit des Personalrates auf die festangestellten Mitarbeiter. Dass im Zuge der Fusion überhaupt eine Änderung der Gesetze erreicht werden kann, ist aber unwahrscheinlich. Schließlich haben sich Anfang Juni der Regierende Bürgermeister von Berlin Wowerit und Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe auf den Entwurf des Staatsvertrages zur Fusion geeinigt, der das Bundespersonalvertretungsrecht für die neue Anstalt Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) vorsieht. Damit werden die Mitbestimmungsrechte der Personalräte massiv eingeschränkt und das, obwohl die Belegschaften beider Sender mit 1700 Unterschriften gegen das Vorhaben protestierten und die PDS-Frakturen beider Länder sich für die Mitbestimmungsrechte des Personalrats stark gemacht haben. Während für den neuen Sender im Grundsatz Landesrecht (z. B. das Landesgleichstellungsgesetz Berlin) gelte, sollen die Beschäftigten mit den „minderen Rechten des Bundespersonalvertretungsgesetzes abgespeist werden“, kritisierte der Bundesvorstandsmitglied Frank Werneke den Entwurf. Die tragende Säule des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der Föderalismus, werde über den Haufen geworfen,



Foto: transitiv.Polentz

Ohne Freie kaum Programm: Blick in einen ORB-Regieraum

wenn es um Arbeitnehmerrechte gehe. Ein vom Intendanten erlassenes Redaktionsstatut wertete Werneke als „Medienfreiheit nach Kurfürstenart“. Daran ändere sich auch nichts, wenn dieses Statut vom Rundfunkrat genehmigt werden müsse. Diese Vorgehensweise könne u.a. „zu einer massiven Verschlechterung zum Beispiel für die Vertretung von freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führen“.

Endlich eine Stimme geben

Schlechte Vorzeichen also für das Vorhaben der Freien. Der nächstmögliche Termin für eine längst überfällige Reform des Gesetzes ist die Fusion der beiden Länder Berlin und Brandenburg, die aber frühestens 2009 kommen soll. „Bis dahin wollen wir nicht warten“, meint Jürgen Schäfer, Frei-

envertreter beim ORB. Er will einen „Freienbeirat“ gründen, dem engagierte Freie aus allen Bereichen angehören sollen und der den Kolleginnen und Kollegen „endlich eine Stimme gibt“. Themen gebe es genug, meinen Klatt und Schäfer. Das seien etwa die Prognoseregulungen, die die Beschäftigung von Freien einschränken oder beenden, das Durcheinander bei den Honoraren und die Streitigkeiten mit den Chefs. Ob sich die Pläne durchsetzen lassen, hängt nicht nur vom Engagement der Freien in beiden Sendern ab, sondern auch von der Unterstützung durch die Gewerkschaften und die festangestellten Kollegen. „Bisher haben wir schöne Forderungen aufgestellt“, meint Jürgen Schäfer, „aber noch nichts Konkretes erreicht“. Der ORB-Intendant schreibe zwar freundliche Briefe, in der Sache komme aber nichts.

Verena Salzgeber

30. Mai – ein doppelt wichtiges Datum

Spenden ermöglichen Schadenersatzklage für NATO-Opfer aus Varvarin

Für das jugoslawische Städtchen Varvarin hatte dieser 30. Mai besondere Bedeutung. Es jährte sich zum dritten Mal der Tag des NATO-Angriffs auf den bis dahin friedlichen Ort. Damit endeten nach Landesbrauch die drei Trauerjahre der Angehörigen für ihre zehn Toten, die Opfer der Bombardierung der Brücke über die Morava wurden.

Auch in Berlin war dieser Tag von Wichtigkeit: *Sprachrohr 2/02* hatte einen Spendenaufruf veröffentlicht und über die anstehende Schadenersatzklage zu Gunsten der Opfer von Varvarin berichtet. Die Zeit drängte, die Ge-

richtsgebühren von 42 189 Euro waren vor Ablauf der dreijährigen Verjährungsfrist einzuzahlen. Die gute Nachricht lautet: Dank der Bereitschaft von 1500 Spendern konnte die Summe rechtzeitig zusammengebracht werden. Harald Kampffmeyer, der sich als unermüdlicher Motor der Initiative für Varvarin beweist, möchte allen ausdrücklich danken.

Das Gericht hat die Klageschrift nunmehr der Bundesregierung zugestellt. Damit ist ein großer Schritt voran getan – aber der Weg wird lang werden. Zunächst ist zu entscheiden, welche Behörde für den Rechtsstreit zuständig

ist; möglicherweise läßt sich die Regierung damit viel Zeit.

Für den Projektrat der Initiative bedeutet dies keine Atempause – es müssen weitere Spenden eingeworben werden. In einem Zivilprozess sind die Kläger verpflichtet, alle Kosten vorzufinanzieren: nicht nur die eigenen, auch die gegnerischen Anwaltskosten sowie Beweismittelkosten in unwägbarer Höhe. Vermutlich werden rund 100 000 Euro benötigt. Zu den namhaften Unterstützern aus allen Teilen der Bundesrepublik von Münster bis Cottbus sind nun auch der Jurist Dr. Heinrich Hannover und der Schriftsteller

Peter Handke gestoßen. Alle treibt die Hoffnung, den unschuldigen Opfern von Varvarin Gerechtigkeit und Entschädigung zu erstreiten. Aber auch einen Prozess in Gang zu setzen, bei dem zum ersten Mal in Europa die NATO für Bombardierungen zu Schadenersatz verurteilt werden könnte. Der Prozess wird eine Friedensinitiative im besten Sinne sein.

Annemarie Görne

Das Spendenkonto verwaltet die Vereinigung demokratischer Juristen. Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Konto-Nr. 33 52 20 14. „Spende für NATO-Opfer“.

Wir sind optimistisch, dass der 16. Juni nicht unser letzter Sendetag ist“, sagt Peer Straube. Er ist Redaktionsleiter des Potsdamer Stadtfernsehens (PSF) und hofft mit zwölf festen und etlichen freien Mitarbeitern, dass das angekündigte Aus für den einzigen Privat-TV-Kanal der brandenburgischen Hauptstadt in letzter Minute abgewendet werden kann. Dem mit fast 70 000 angeschlossenen Kabelhaushalten größten der 29 lizenzierten Lokal-Kanäle in Brandenburg geht es derzeit schlecht. Fast 1000 Euro Verlust häuft der Sender täglich an, beklagt Besitzer Andreas Pieroth. Bislang hat er PSF über sein Hauptgeschäft Peito halten können. Aber das Berliner Multimedia- und Marketingunternehmen kann sich auf Dauer sein TV-Abenteuer nicht mehr leisten.

Märkische Medienpflänzchen retten

Dabei sah es im letzten Jahr noch gut aus: PSF war eine Marketingpartnerschaft mit der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ) eingegangen. Selbst deren Einstieg mit bis zu 35 Prozent als Mitgesellschafterin war geplant. Immerhin hatte PSF sich seit dem Einstieg von Pieroth vor einigen Jahren aus einem maroden zu einem professionellen Sender entwickelt. Neben anderen Kanälen wie LTV in Cottbus, Oskar TV in Fürstenwalde, Ruppin TV und Schwedt TV gehört PSF zu den Stützen des Brandenburger Fernsehnetzes (BFN). In ihm sind 15 Stadtkanäle zusammengeschlossen, gemeinsam mit dem Fernsehen aus Berlin (FAB) betreiben sie die Mediapool GmbH, als Interessenvertretung wie auch Programm- und Vermarktungsgemeinschaft der „märkischen Medienpflänzchen“.

Die sind als „Kinder der Wende“ entstanden und werden ausschließlich in den lokalen Kabelnetzen verbreitet. Immerhin über 755 000 Haushalte in 135 Städten und Gemeinden haben dank der Lizenzen durch die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) inzwischen ein privates Lokalfernsehen. Manche strahlen täglich aktuelle, eigenproduzierte Sendungen aus, andere erneuern ihre Programmschleife nur einmal wöchentlich. Fünf größere Stationen und FAB produzieren sogar das

„Brandenburg-Journal“, das als Gemeinschaftssendung über die Bildschirme flimmert. Auch Kleinsender wie City-TV in Pitschen-Pickel oder LSR Schwarzeide/Ruhland mit 11 000 bzw. 6 000 Haushalten erfreuen sich großer Beliebtheit – trotz wackliger Videobilder oder verrauschter Töne. Das belegen drei Studien zum märkischen Lokal-TV, die die mabb und die Brandenburger Staatskanzlei bisher anfertigen ließen. Die jüngste vom IFES-Institut in Potsdam kam nach der Befragung von 2865 Personen auf erstaunliche Werte. So beträgt der örtliche Bekanntheitsgrad der Sender 91 Prozent. 77 Prozent der erreichbaren Zuschauer schauen

Journal“ als Gemeinschaftssendung bald weitere Formate folgen sollen: ein Mittelstandsmagazin und „Essen & Trinken in Brandenburg“. Gemeinsam mit FAB erreichen sie dann im Berlin-Brandenburger Kabel bis zu 2,5

Vom Dorf-TV zur Brandenburger Marke

Millionen Haushalte oder 4,8 Millionen potenzielle Zuschauer. Selbst regionale Teleshopping-Fenster lohnen sich dann und sind laut novelliertem Medienvertrag Berlin-Brandenburg erlaubt. Bis vor etlichen Jahren noch als Hobby belächelt, als Bürgermei-

lichem Gebiet Know-how mitbringen“. Mehr möchte er derzeit noch nicht verraten...

Insgesamt benötigen die „märkischen Medienpflänzchen“, die Schiphorst bundesweit für ein „erhaltenswertes Unikat“ hält, bessere Bedingungen zum Überleben. Immerhin stehen mit der Fusion von ORB-SFB, der Digitalisierung der Technik und Verkäufen bei den Kabelnetzbetreibern erhebliche Umbrüche an. Die Medienanstalt allerdings kann „nicht einfach Geld aus ihrem Budget an die Privatveranstalter rüberreichen“, sagt mabb-Direktor Hans Hege. Er setzt auf Hilfe zur Selbsthilfe. So hat er durch seinen Projektbeauftragten Sascha Bakarinow ein Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramm für die Stadtkanäle in Kooperation mit der Grimme Akademie initiiert.

Ein zweites betrifft die bessere technische Vernetzung, um die Kabeleinspeisung der Stadtkanäle nach einer gerechteren Kostenstruktur (derzeit zahlen die Sender jeweils zwischen 1250 und 7300 Euro monatlich) zu organisieren. Zugleich soll die Signalverbreitung erheblich billiger werden und der Programmaustausch reibungsloser funktionieren. Schiphorst denkt künftig an ein Mantelprogramm, das zum Teil eigenproduziert, zum Teil von Partnern geliefert wird. Das wäre auch die Voraussetzung für eine gemeinsame Vermarktung, um nicht nur auf die ungenügenden Werbeeinnahmen angewiesen zu sein. Zwar gibt es dazu einen „Letter of Intent“ zwischen BFN/Mediapool und BB Radio, doch nun müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden, drängeln Insider. Mit FAB ist das BB Radio, bzw deren Vermarktungstochter IR Media AD, bereits gelungen. FAB-Geschäftsführer Hans-Gerhard Roth ist überzeugt, dass die „Lokalsender allein nicht überlebensfähig sind“. Aber „mit uns zusammen kann man eine Berlin-Brandenburg-Netzwerkstruktur als Alternative zu SFB und ORB entwickeln“, bekundet er im Interview mit dem Fachblatt „promedia“. Zugleich attackiert Roth die Medienanstalt mabb, die „am Markt vorbei lizenziert“. Sie müsse darauf achten, dass „entsprechende Überlebensmöglichkeiten“ bestehen, etwa wie in Bayern durch die Verknüpfung von Lizenzpolitik und Wirtschaftsförderung.

Holger Wenk

Hoffen auf Potsdamer Lösung

Stadtfernsehen PSF kämpft ums Überleben – „Signalwirkung“ für alle anderen Brandenburger Lokal-TV-Kanäle

im Schnitt zwischen 18 und 24 Uhr in der Prime Time 31 Minuten täglich bei ihrem Orts-TV rein. Auch Werbung, die fast einzige Einnahmequelle der unsubventionierten Sender, wird im Durchschnitt von 54 Prozent akzeptiert. Und die ist gar nicht teuer: So kosten 30-Sekunden-Spots mit zehn- bis 36-maliger Ausstrahlung pro Tag zwischen 15 und 125 Euro je nach Sender.

Was wie Peanuts klingt, sind aber keine: In den letzten zwei Jahren flossen so fast 8 Millionen Mark vom lokalen Brandenburger Werbemarkt in die Kassen der privaten Stadtkanäle ab. Der Stadtkanal-Werbeumsatz ist „bei fast täglich einer Million erreichbarer Zuschauer ein Witz“, sagt Dieter Resch, Chef von Ruppin-TV und Geschäftsführer der Mediapool: „Das Dreifache wäre eine erreichbare Größe“.

Wie das zu schaffen ist, weiß der regional erfahrene Werbe- und PR-Mann genau. So macht er mit seinem Sender mittlerer Größe fast eine Million Mark im Jahr. Regionalnews und Themenmagazine sind der Renner. Kein Wunder, dass dem „Brandenburg-

ster- oder Dorf-TV verspottet, hat sich Lokalfernsehen in Brandenburg inzwischen unter dem Motto „Näher dran“ als Marke etabliert – trotz der jetzigen Krisensymptome. Deshalb schaut nun alles auf Potsdam, selbst der Medienbeauftragte Berlin-Brandenburg, Bernd Schiphorst, schaltete sich in die Rettungsversuche für PSF als Moderator des Runden Tisches ein. Denn: Ein Scheitern wäre „ein verhängnisvolles Signal für die lokale TV-Vielfalt“.

Bessere technische Vernetzung notwendig

Kurzfristige Rettungsmaßnahmen koordiniert derzeit der Potsdamer Medienbeauftragte Axel Geiss, wobei die Rede von einer durchs Arbeitsamt bezahlten Qualifizierungsgesellschaft ist. Selbst eine Beteiligung der Stadtwerte an PSF wird erwogen. Mittel- und langfristig braucht PSF „einen professionellen Businessplan“, ist sich Schiphorst gewiß. Seinen Beitrag sieht er in Gesprächen mit „zwei konkreten Interessenten, die auf unterschied-

Personalabbau am Alex geht weiter

Betriebsrat befürchtet dreistelligen Abbau und vermisst Konzept bei Gruner + Jahr

Etwa 80 Stellen sind im Berliner Haus von Gruner + Jahr im Verlag und den Redaktionen der „Berliner Zeitung“ und des „Berliner Kurier“ seit der Verkündung des „Sparplanes“ im Sommer 2001 abgebaut worden. So hat es der Betriebsrat Ende Mai errechnet. Kurz vorher fand ein Gespräch mit der Geschäftsführung statt. Genaue Aufschlüsse über wirtschaftliche Planung und Personalentwicklung habe der Betriebsrat auch dort nicht erhalten. „Verbindlich sei nur die Marktlage, hat uns Geschäftsführer Dr. Torsten-Jörn Klein erklärt, und die sei bekanntlich desaströs“, berichtet Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch (Foto). Klein hatte der Belegschaft auf einer Mitarbeiterversammlung Ende April auch erläutert, dass „an allen Ecken und Enden“ gespart werden müsse. So seien etwa die Streichung des Auslandsverkaufs und Abo-Preiserhöhungen bereits beschlossene Sache. Weitere Entlassungen seien derzeit nicht geplant, könnten aber auch nicht ausgeschlossen werden, so Klein. „Weitere Kündigungen sind in allen Bereichen Realität. Womöglich landen wir



Fotos: transit/v.Polentz

in den nächsten Monaten im dreistelligen Bereich. Auch das hat die Geschäftsführung uns gegenüber nicht mehr ausgeschlossen. Das Schlimme ist, dass wir kein wirtschaftliches Konzept der Geschäftsführung erkennen können. Man hält alles möglichst unter der Decke. Dabei werden de facto ja Etats aufgestellt...“, kritisiert Gensch.

Auch die Zusage, beim „Kurier“ nach einer Entlassungswelle Ende 2001 keine weiteren Kündigungen vorzunehmen, hat sich inzwischen als haltlos erwiesen. Sieben weitere Mitarbeiter des Boule-

vardblattes sind schon freigesetzt oder sollen gehen. Bei den sieben Redakteuren der „Berliner Zeitung“, die gehen sollen, hat die Interessenvertretung schon teilweise widersprochen. Betroffen sind auch vier Pauschalisten aus beiden Redaktionen. Es finde keinerlei Sozialauswahl statt, kritisiert die betriebliche Interessenvertretung. Die Geschäftsführung stelle sich auf den Standpunkt, dass kein Mitarbeiter mit einem anderen vergleichbar sei. Zudem: „Wir beobachten einen Austausch von Festangestellten gegen Pauschalisten. Aber auch unter den Pauschalisten gilt Heuern

und Feuern“, so die Betriebsratschefin. Kaum noch zu vermitteln sei den Beschäftigten, dass es trotz der Entlassungen gleichzeitig Neueinstellungen gebe. Auch die teure Fremdvergabe von Aufträgen kritisiert der Betriebsrat. Die Stimmung unter den Beschäftigten sei mittlerweile „von Grund auf schlecht“. Von den zehn Kündigungsschutzklagen, die im Zusammenhang mit 27 Entlassungen in Verlag und „Kurier“ anhängig waren, sind inzwischen vier zugunsten der Beschäftigten entschieden worden. „Der Arbeitgeber

habe nicht nachweisen können, dass die Arbeit der Gekündigten tatsächlich weggefallen sei, war in allen Fällen die Begründung des Arbeitsgerichts“, erläutert Renate Gensch. Personalchefin Wiebke Kirschke habe nun angedroht, die Betroffenen jeden Monat neu zu kündigen. „Man beharrt darauf, Mitarbeiter freizustellen, obwohl in einigen Bereichen – wie etwa in der Produktion beim ‚Kurier‘ nach Systemumstellungen – praktisch schon eine schwierige personelle Lage herrscht.“

Der Betriebsrat hat zudem mehrere Gerichtsverfahren gegen die Geschäftsführung angestrengt. Er klagt gegen Verletzungen seiner Informations- oder Mitbestimmungsrechte. „Alles Dinge, die völlig unnötig sind und die nicht zu dem passen, was das Management nach eigenem Bekunden von uns erwartet: Sparen und konstruktive Zusammenarbeit“, meint Gensch. Tatsächlich sei die betriebliche Interessenvertretung zu sachlichen Gesprächen immer bereit. Und man habe auch zum Sparkonzept Ideen beizutragen: „Von der Abschaffung der Dienstwagen über die freiwillige vorübergehende Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitstellen, einen radikalen Einstellungsstopp, gerechte Altersteilzeitregelungen bis zu einer Begrenzung außertariflicher Zulagen könnte über vieles geredet werden.“ **neh**

10 JAHRE TAZ-GENOSSENSCHAFT

Die Genossenschaft der überregionalen tageszeitung taz feierte am 1. Juni ihr 10-jähriges Jubiläum mit einer Erfolgsbilanz: 5046 Gesellschafter haben seit Gründung ein Investitionskapital von 5,5 Millionen Euro zusammengetragen. Allein 2001 stießen 307 neue Mitglieder hinzu. Neben dem Grundanliegen, die Unabhängigkeit der taz zu sichern, konnten mit dem Genossenschaftskapital 1997 das Wochenendmagazin aufgelegt, 1999 ein Relaunch des Blattes vorgenommen und im Jahr 2000 ein modernes Redaktionssystem eingeführt werden. Zur Mitgliederversammlung am 14. September wird das 10-jährige mit einem feierlichen Rahmenprogramm begangen.

ANZEIGE

Gesundheit und Gesundheitspolitik in Brandenburg

Sie

recherchieren,
brauchen Informationen,
Zahlen, Daten Hintergründe?

Rufen

Sie
uns
an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow
Pressesprecher Jürg Trinogga
Telefon 0 33 28/45 15 13
Telefax 0 33 28/45 15 14

Online erreichen Sie die AOK unter
<http://www.aok.de>
e-mail: juerg.trinogga@trhb.aok.de

Langstrecken-Hörerlebnis in fünf spannenden Etappen

Zweiter Lesemarathon des VS interessierte, amüsierte oder inspirierte das Publikum

Die Berliner sind sportbegeistert. Ob das auch für die Literaturinteressierten gilt, testeten die Mitglieder des Verbandes der Schriftsteller (VS) zum zweiten Mal, indem sie ihr Publikum in der letzten Maiwoche zum Lese-Marathon einluden. Diesmal wurde noch eine fünfte Etappe angefügt.

Aus „Berliner Schubladen“, so die Idee, werden Texte hervorgeholt, die – schon gedruckt, noch unveröffentlicht oder auch unfertig – von ihren Verfassern an unterschiedlichen Orten vorgestellt werden. Dass die Texte thematisch gebündelt sind, tut der Vielfalt keinen Abbruch, hat sich beim zweiten Marathon bestätigt. Bestätigt hat sich auch: Werbung ist nötig. Nicht immer wurden die Leser dort abgeholt, wo sie sind. Dabeisein ist bekanntlich alles. Die Resonanz erhöhen sollten zwei Neuerungen des 2002er Marathons: Es gab eine spezielle Lesung für Kinder und zum Abschluss einen Poetenball im carrousel-Theater.

ERÖFFNUNG:

„MILJÖ“ IM KAUFHAUS

Den Auftakt bildeten „Meldungen aus dem Milieu“, die 17 Autoren am 27. Mai über vier Stunden im Kulturkaufhaus Dussmann abgaben. Die Länge der Veranstaltung und die nicht gänzlich abzuschottende Konsumatmosphäre waren gewöhnungsbedürftig und dem Zuhörerstrom nicht unbedingt zuträglich. Wer dennoch aushielt, kam auf seine Kosten. Die Rezensentin war sprachlos-begeistert von Ronald Ganz „Rattenstraße“, ausdauernd-gefordert von Olav Münzbergs Monumental-Gedicht „Berlin 2000“, neugierig gemacht von Jan Eick und seinem Krimi-Ausschnitt aus „Der Schein trägt“, nachdenklich über Rajvinder Singhs Texte unter dem Motto „Unser Inder ist nett“, amüsiert über Horst Bosetz(-ky)s Auslassungen zu der Frage: Macht der Reiter wirklich plums? oder Iris

Rudolphs Fortschreibung ihres Internetromans. Und: Berliner Milieu scheint untrennbar mit Bäumen verbunden. Wenn sie – wie bei Dieter Schuberts Erzählung „Der Maulbeerbaum“ – nicht gleich titelgebend auftreten, so inspirieren sie offenbar vielfach. Bei Jochanan Trilse-Finkelstein sind sie sprachbegabt. Obwohl der Autor gestand, am liebsten Palmen zuzuhören, lieh er selbst einer Linde die Stimme. Die wiederum offenbarte das Geheimnis eines unauffälligen Berliners „Wie ich Stauffenberg erschoss“.

LESUNG FÜR KINDER:

TRAUMLÄUSE TREFFEN AUßERIRDISCHE

Rundum fröhlich krabbelten auf der zweiten Etappe „Wilde Traumläuse“ durchs Atrium in Reinickendorf – in Person von Schülern der Grundschule Blankenburg, die regelmäßig Geschichtenlieder vom „Traumzauberbaum“ (Text: Monika Ehrhardt/Musik: Reinhard Lakomy) aufführen und auch die Vorstellung der Autoren übernahmen. Monika Ehrhardt-Lakomy versprach den zuhörenden Schulklassen nicht weniger als Glück an diesem Vormittag mit Schulausfall. Sie selbst las Lieder vom Liebhaben. Ihre poetischen Bilder von „himmlischen Himbeeren“, dem in den Pantoffel gefallenem

Küsschen, Spinne Agathe oder dem „Englein mit englischer Spucke“ vermittelten eine heiter-intime Stimmung, von der sich die Kinder gern einfangen ließen. Den Leseanfang hatte Frank Böhmert gemacht (Bild unten). Mit der Frage „Wer von Euch glaubt an Außerirdische?“ hatte er den Saal sofort interessiert. Auch Übersetzen ist eine Kunst, erfuhr das Publikum so nebenbei, als Böhmert „Zartog aus dem All“ vorstellte. Die Kinder verziehen dem Vorleser sofort, dass er etwas verspätet und mit lediglich einem Socken bekleidet erschienen war. Thomas Fuchs fesselte die Zuhörer mit der Geschichte von Manuel, Fritz und Lucas, der die Hündin Jessica geerbt hat. –ky begründete einleuchtend die seinem neuesten Kinderkrimi innewohnende Drohung „Sonst ist es aus mit dir!“.

Auch als Rajvinder Singh von Kindheit in Indien erzählte, hätte man die berühmte Stecknadel zu Boden fallen hören können. Wer erzählt einem schließlich sonst, dass Neugeborene dort üblicherweise von ihren Paten Honig zu kosten bekommen, dass es im Ausnahmefall aber auch Whisky-Soda sein kann. Gisela Karau las zum Abschluss von Scheidungskind Eddy – ein ansonsten nicht auf den Mund gefallener Elfjähriger, der seine Schwierigkeiten mit Jenny aus Radebeul hat, die ihn immer küssen will...

WILDE WEIBER:

FAST EINE KRIMI-NACHT

Wenn man sich an ihrem mächtigen Gegenüber, dem Moabiter Gerichtsgebäude orientiert, ist die Dorotheenstädtische Buchhandlung nicht zu verfehlen. Lag es an dieser Nachbarschaft, dass am 3. Leseabend viel kriminelle Energie in die zu Gehör gebrachten Geschichten hinein spielte? „Wilde Weiber reißen den Mund auf“ versprach durchaus Energisches, das sich aber eher als vergnüglich Unterhaltendes entpuppte. Zum Auftakt eingestimmt mit Charlotte Worgitzkys Kurzkrimi – das Einschrumpfen von Machos auf Einwegglasgröße – amüsierte das zwar überwiegend, aber durchaus nicht nur weibliche Publikum köstlich. Vom portugiesischen Hund Canossa (Waltraud Lewin) bis zu den Stadthexen (von Heima Hasters nicht gelesen, sondern erzählt, was nicht jede so gut kann) hörte man kurzweilige, meist originelle Texte, von denen Verlage allzu oft kategorisch sagen: „Erzählungen gehen nicht!“ Selbstverständlich las auch der Überraschungsgast *Henrietta Bosetzka* eine mörderische Geschichte von einem kalten Engel, wobei ihre männliche Stimme trotz Blümchenkleid und Hütchen eine frappierende familiäre Nähe zu einem Herrn (Bosetz)–ky verriet. Die Moabiter Buchhandlung ist ein bekannt



Foto: transit/v.Polentz

guter Ort für Lesungen. Mit den Radierungen zu Literatur an den Wänden, dem schönen alten Klavier, an dem musikalisch übergeleitet wurde, der sachkundigen Moderation von Dorle Gelbhaar und dem höchst originellen Pausenbuffet gelang ein Leseabend, bei dem der unterschwellige Gedanke an den weiten nächtlichen Heimweg erfolgreich verdrängt wurde von (weiblicher) Literatur.

FIKTIONEN: EIN DUTZEND SCHNELLER NUMMERN

Erotik-Nacht: Sollte sich der helle Maienabend erst in wirkliche Nacht verwandeln? Oder wollten die sehr zögerlich eintreffenden Protagonisten abwarten, bis das Café „An einem Sonntag im August“ in der Berliner Kastanienallee rappellvoll war? Wie auch immer: Die schnellen Nummern starteten mit fast einstündiger Verspätung. Das Publikum – möglicherweise aus den hier regelmäßig donnerstags stattfindenden Lesungen „Erotisches zur Nacht“ an langes Vorspiel gewöhnt – drängte sich auf engem Gestühl. Man nahm es hin, von einem Teil der Plätze das Geschehen auf der mit einem pompösen Plüschsofa ausgestatteten Bühne fast nichts zu sehen und übte sich in Entspannung. An diesem freizügigsten Abend des Lesemarathons sollte das – so Moderator Bernhard Kempen, der selbst gerade seinen ersten Erotik-Thriller veröffentlicht hatte – „größte Sexualorgan des Menschen, das Gehirn“ beansprucht werden. Zwillf zumeist jüngere Autorinnen und Autoren stimulierten es dann mit eigenwilligen und höchst unterschiedlichen Praktiken. Daniel

Knillmann führte mit Auszügen aus seinem Roman „Moral“ zurück zum Kribbeln der ersten Sex-Versuche mit der dicken Marie in der Schulturnhalle. Salean A. Maiwald bot Gedichte zum Küssen: „Kein Kuss ist ein Muss.“ Über den Kampf der männlichen Hälfte der Menschheit mit der „chronischen Morgenlatte“, resp. „Mittags- und Abendlatte“ wustete vergnüglich Krischan Schoeningner aus seiner Sexkolumnen-Sammlung „Geliebte Lust“ zu berichten. Annette Berr kämpfte mit Licht, Mikro und Panikattacken. Unter Beifall stemmte sie letztlich doch „Zweiundsechzig Kilo fremder Mensch“ aus „Die Orgasmusmaschine“. „Über Sex Witze zu machen, gelingt mir nicht“, bekannte sie. „Ich finde Sex meistens traurig.“ Traurig aber waren wohl die wenigsten Zuhörer nach unveröffentlichten Erzählungen zum Nutzen von Kondomen, fragmentarischer Prosa aus „Fundus Uterus Vulgärlatein“ und weiteren vielsagenden Texten. „Erotische Literatur“, so entließ Moderator Kempen die Zuhörer ins heimische oder auch fremde Bett, „ist nur Ersatzbefriedigung für das, was noch mehr Spaß macht.“

POETENBALL: KNURRENDER MAGEN UND FAST VERPASSTE GELEGENHEIT

Zum Abschluss wurde erstmals zum Poetenball geladen: ins carroussel-Theater an der Lichtenberger Parkaue, dessen Mitarbeiter das Programm mit der nächtlichen Vorführung einer „Bar“ bereicherten, in deren Hinterzimmer über verpasste Gelegenheiten



Foto: transitiv. Polentz

THE BAG STAGE SHOW – ein multimediales Spektakel von Dodi und Flori Reifenberg gehörte zum bunten Programm des Poetenballs.

ten und unerwarteten Mut sinniert wurde.

Mit der Lesung jedoch begann es. „Bankräuber“, „Straßenraub“ wie ein „Zyklus schlechter Ideen“ (Autoren Uwe Zabel und Ron Winkler) beherrschten die Studiobühne. Die Turnhalle ward zur Arena, in der Ulrich Karger sich über „Männer unter sich“ ausließ. Oder seine Vorliebe für Gänseblümchen zu begründen versuchte. Die Fahrt mit dem „Beschädigten Salonwagen nach Potsdam“ zu einer wie auch immer zu deutenden „Refeudalisierung“ begleitete Olav Münzberg mit seiner Klarinette.

Dass Anja Tuckermann – auch charmant moderierend – mitsamt ihren witzigen Wortspielen nicht „Wie Butter in der Sonne“ zerging, gefiel dem jungen Mann neben mir besser als das von Jürgen Groß neu bearbeitete Theaterstück „Käsebieb oder der Abstieg zum Kurfürstendamm“. „Bei aller gewollten Aktualität zu sehr an der Realität vorbei“, urteilte mein Nachbar.

Nichts für junge Leute? Zu wenig! Welche Chance: in einem Haus der Jugend so viele „Nachwuchs“-Leserinnen und Leser um sich zu scharen! Fanden die improvisierten Geschichten wie „Erlebnisseiger“ noch den Beifall des jungen Publikums, verkrümelte sich dieses, als Tangotenor Harri Keitila eher mittlere und ältere Jahrgänge begeisterte. In der Nacht dann noch Modenschau, Showtanz und sonstige Vergnügungen. Für manchen mit knurrendem Magen! Das mit der Eintrittskarte bezahlte Häppchen-Buffet hatte längst nicht allen Laben geboten.

Übrigens: Der Vorstand des VS dankt allen Kolleginnen und Kollegen, die durch ihre Mitwirkung bei den Lesungen oder beim Poetenball und durch Bücherspenden zum Gelingen beigetragen haben. Diesem Dank können sich die versammelten Berichterstatte-rinnen nur anschließen.

Eva Brillke, Bettina Erdmann, Annemarie Görne, Helma Nehrlich

LITERATURWERKSTATT

Für Herbst diesen Jahres plant der Berliner VS mit Kai Surendorf und Ruben Wickenhäuser eine serbisch-deutsche Literaturwerkstatt, die den Dialog zwischen Autoren, aber auch Studierenden der Germanistik und verwandter Fächer beider Nationalitäten vertiefen soll. Autorinnen und Autoren, die sich für das Projekt interessieren, erhalten Informationen beim VS, Anke Jonas, Tel. 030/ 788 009 43.

ver.di-Literaturpreis ab 2002

Am 6. Mai im ver.di-Haus am Engeldamm war es endlich heraus: Der ver.di-Landesbezirksvorstand Berlin-Brandenburg beschloss, ab dem Jahr 2002 jährlich einen ver.di-Literaturpreis Berlin-Brandenburg zu vergeben, der mit 5.000 Euro dotiert ist.

Der Antrag wurde Ende 2001 vom VS-Vorstand Berlin beim Landesbezirksfachbereichsvorstand gestellt. Aus der Begründung: „Schriftstellerinnen und Schriftsteller sind unentbehrlich

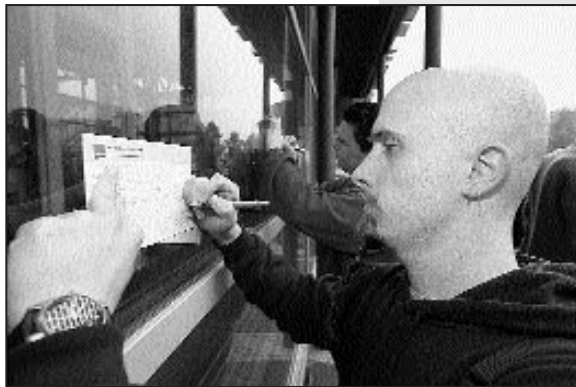
für die Balance im geistigen Haushalt eines Landes, die Gewerkschaft unterstützt und fördert ihre Arbeit. Dieser politische Wille muss auch öffentlich bekannt werden. Die Mitglieder des VS sind Aushängeschild für das Besondere an ver.di... (Der Preis) würde der Gewerkschaft und dem VS der Länder Berlin und Brandenburg nicht nur in der Literaturszene mehr Öffentlichkeit und Beachtung bringen, er würde auch die Attraktivität für

potentielle Mitglieder allgemein erhöhen.“ Die Abstimmung zeigte 11 gegen 8 Stimmen, war's den anderen egal?

Modalitäten bezüglich Ausschreibung, Jury, Thema, Bewertungskriterien u.ä. werden durch eine Arbeitsgruppe festgelegt. Die Finanzierung insgesamt erfolgt durch den Landesbezirksvorstand ver.di. Bitte noch keine Anfragen an den VS-Vorstand richten, die AG ist noch nicht gebildet worden! **Monika Ehrhardt**

TARIFRUNDE 2002:

...oder erneut ein Spagat zwischen Anspruch und Möglichkeit? Eine magische Zahl beherrscht die Tarifbewegung dieses Frühjahrs. Und sie steht weiter als Forderung bei noch laufenden oder bevorstehenden Verhandlungen: 6,5 Prozent. Damit proklamierten Gewerkschaften von IG Metall über ver.di bis BAU das „Ende der Bescheidenheit“. Tarifverzicht hat weder Arbeitsplätze gesichert noch neue ge-



schaffen. Kaufkraftsteigerung wird angesichts dümpelnder Wirtschaftsentwicklung und Inflation nach Euro-Umstellung als notwendiger Ausweg gesehen. Auch von vielen Beschäftigten.

Durchgesetzt werden konnte die Forderung mit der 6 vor dem Komma aber in keiner der bisherigen Tarifaueinandersetzungen 2002. Nicht annähernd. Da stehen die 4 Prozent bei den Metallern, die 3,5 Prozent bei der Post oder die 3,4 Prozent in der Druckindustrie und in der Papierverarbeitung schon einsam an der Spitze.

Haben die Gewerkschaften den Mund zu voll genommen, an den Interessen der Beschäftigten vorbei verhandelt? Das wird niemand ernsthaft behaupten, der die wahrlich moderate Lohn- und Gehaltsentwicklung der letzten Jahre mit der Steigerung von Unternehmensgewinnen oder Managern- und Vorstandsvergütun-

gen vergleicht. Doch hat die neuerliche Erkenntnis, dass noch so berechnete Forderungen auch durchgesetzt werden müssen, viele auf den Boden der Realitäten zurückgeholt. Tarifsteigerungen werden nicht allein vom Wünschen wahr oder am grünen Tisch erstritten. Sie sind ein Kampfergebnis.

Die Beschäftigten in Betrieben – zumal in kriselnden Branchen – zu mobilisieren ist offenbar schwerer als gedacht. Darauf spekulieren nicht zuletzt die Arbeitgeber. Doch gezeigt hat sich auch: Es regt sich Widerstand an Stellen, wo er nicht vermutet wird. Wenn neue Wege gegangen werden, dann lässt sich auch ein Kinopublikum als Mitstreiter für Tarifforde-

DAS ENDE DER BESCHIEDENHEIT.



rungen gewinnen. Oder Belegschaften kleinerer Unternehmen machen den großen vor, wie es gehen könnte. Ein Überblick mit regionalem Zuschnitt:

DRUCK GEMACHT

Als „akzeptablen Kompromiss“ hat ver.di-Verhandlungsführer Frank Werneke den 3,4-Prozent-Abschluss für die 220 000 Be-

schäftigten in der Druckindustrie vom 29. Mai gewertet. Immerhin gelang es nach sechs ergebnislosen Verhandlungsmarathons und kurz vor einer bereits beschlossenen Urabstimmung auch, die Arbeitgeber von ihrem 2,74-Prozent-Angebot wegzubekommen und eine 12monatige Laufzeit des Vertrages durchzusetzen. Seit dem 17. Mai waren bundesweit Hunderte Belegschaften aus der Druckindustrie im Warnstreik.



Am 22. Mai, dem Höhepunkt der Aktionen, waren 12 500 Beschäftigte aus 137 Betrieben im Ausstand, dabei 500 Berliner. Insgesamt beteiligten sich vier Berliner Belegschaften an Streikaktionen: Am 7. und am 22. Mai wurde die Springer-Druckerei in Spandau bestreikt, die GMZ-Beschäftigten, die den Tagesspiegel drucken, schlossen sich an. Einen zwei-stündigen Warnstreik gab es auch bei Elsner-Druck. Einen Paukschlag setzten die 37 Beschäftigten bei Thormann & Goetsch: Sie standen ab 15 Uhr geschlossen vor dem Betrieb. Dem Aufruf von

ver.di und DJV an die Journalisten, die Druckerstreiks solidarisch zu begleiten, waren bundesweit zahlreiche Redaktionen gefolgt. In Berlin beteiligte sich niemand.

ABSCHLUSS IN PAPIER UND TÜTEN

Am 27. Mai war für die bundesweit 100 000 Beschäftigten der Pappe, Papier und Kunststoff verarbeitenden Industrie klar: Rückwirkend ab 1. Mai gibt es mit 12monatiger Laufzeit 3,4 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Von einem „vertretbaren Ergebnis“ sprach ver.di-Verhandlungsführer Werneke. Die vier Verhandlungsrunden waren von Warnstreiks begleitet. Bis zum dritten Treffen hatten die Arbeitgeber ein „völlig unannehmbares Angebot“ vorgelegt, mit einer Steigerung von 2,4 Prozent. Am letzten Verhandlungstag streikten 1300 Beschäftigte in 16 Betrieben. Mit dabei waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schöneberger Buchbinderei. Bei „Melitta“ gab es eine Aktion beim Betriebsrat.

NULL-ANBEBOT BEI „TARIFGEMEINSCHAFT OST“

Die von den Arbeitgebern der Zeitungsverlage in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern gebildete Verhandlungsgemeinschaft hatte der 6,5-Prozent-Forderung von ver.di bislang buchstäblich nichts entgegengesetzt. Ein Angebot wurde bis Redaktionsschluss nicht gemacht. Die Arbeitgeber betonten, dass der von ihnen angestrebte Sondertarif Ost mit Öffnungsklauseln allein nicht zu regeln sei, sondern nur mit „Entgeltreduzierungen.“

BUCHVERLAGE UND BUCHHANDEL: SCHERE OFFEN

Die erste Verhandlungsrunde für den Entgelttarifvertrag der Berliner Buchverlage und den hauptstädtischen Buchhandel Anfang Juni offenbarte eine große Diskrepanz zwischen der Forderung nach 5,5 Prozent linearer Gehaltserhöhung und Riester-Renten-Öffnungsklauseln von ver.di und dem 2-Prozent-Angebot, das die Arbeitgeber „unter Schmerzen“ vorzulegen bereit waren. Am 18. Juni wurde weiterverhandelt.

BESONDERS LANGE KINONACHT?

Bei den Verhandlungen um einen neuen Entgeltvertrag der 3000 Beschäftigten der CinemaxX- und UFA-Kinos üben sich die Verhandlungsführer des Arbeitgeberverbandes ardi in Verzögerungstaktik. Frühestens für den Januar 2003 stellen sie höhere Löhne in Aussicht, auf die die Mitarbeiter seit April diesen Jahres warten. Die Kinobeschäftigten in ver.di fordern vor allem 60 Cent mehr Stundenlohn und die Anhebung der untersten Lohngruppe. Die Verhandlungen wurden am 30. Mai ergebnislos abgebrochen. An mehreren Kinos bundesweit starteten die Beschäftigten Flugblattaktionen und Unterschriftensammlungen unter den Kinobesuchern. Auch etwa 80 Prozent der Mitarbeiter des CinemaxX am Potsdamer Platz beteiligen sich daran.

FÜR HAUSTARIF NUR GEWORBEN

Für die 180 Beschäftigten der Plakat- und Außenwerbung Berlin wurde am 7. Juni ein Tarifabschluss rückwirkend zum 1. April 2002 erzielt. Er sieht Tarifierhöhungen zwischen 3 und 5,7 Prozent vor und gilt für 12 Monate. Ab 1. April 2003 tritt eine weitere Steigerung um 1,8 Prozent ein. Die ver.di-Tarifkommission will über einen neuen Entgelttarif verhandeln.

Nora Paunsdorff

AUSSPERRUNG

Nach Redaktionsschluss: Bei der Märkischen Verlags- und Druck-Gesellschaft in Potsdam (MVD) wurde vom Abend des 13. Juni an gestreikt. Die Märkische Allgemeine Zeitung erschien am Folgetag nur in einer reduzierten Notausgabe, die von der Geschäftsführung hergestellt worden war.

Wegen der „unsicheren Produktionssituation“ entzog die F.A.Z.-Geschäftsführung am 14. Juni den Potsdamern zeitweilig den Druckauftrag für hier hergestellte Auflagenteile der Frankfurter Allgemeinen. Die MVD-Chefs beschlossen daraufhin eine „Teilbetriebsschließung“. Im Klartext: Mit Beginn der Mittagsschicht wurden die Beschäftigten ausgesperrt. Insgesamt waren etwa 80 Mitarbeiter betroffen.

AKTUELL DABEI

Die Tarifauseinandersetzungen dieses Frühjahrs und Sommers werden in einer Ausstellung in der Medien Galerie im Haus der Buchdrucker in der Dudenstraße nachvollzogen. „Tarifkämpfe in Berlin-Brandenburg 2002 – IG BAU, IG Metall, ver.di“ ist der Titel der Schau, die am 1. Juli eröffnet wird und bis September laufen soll. Eine Pinnwand bietet ständig aktualisierte Informationen zu laufenden Aktionen, Verhandlungen und Abschlüssen. Zur Eröffnung am 1. Juli um 18 Uhr sprechen an den Tarifkämpfen beteiligte Kolleginnen und Kollegen.

Die Gewerkschaft – das sind ihre Mitglieder

Die ver.di-Landesbezirksfachbereichskonferenz Medien, Kunst und Industrie findet am Sonntag, dem 30. November 2002 statt. In Vorbereitung dieser Konferenz organisieren die Fachgruppen und Bezirksfachbereiche in Berlin-Brandenburg ihre Mitgliederversammlungen. Zu diesen Veranstaltungen sind alle Mitglieder der jeweiligen Fachgruppen sowie der Regionen herzlich eingeladen:

■ Mitgliederversammlung der Fachgruppe Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende

Industrie: Sonntag, 1. September 2002, Beginn: 10.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Dudenstraße 10, 4. Etage, Großer Saal

■ Mitgliederversammlung der Fachgruppe Verlage und Agenturen: Sonntag, 8. September 2002, Beginn: 10.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Dudenstraße 10, 4. Etage, Großer Saal

■ Mitgliederversammlung der Fachgruppe Journalismus (dju): Sonnabend, 14. September 2002, Beginn: 10.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Dudenstraße 10, 4. Etage, Großer Saal

■ Mitgliederversammlung der Fachgruppe Rundfunk, Film, Au-

diovisuelle Medien: Sonntag, 15. September 2002, Beginn: 10.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Dudenstraße 10, 4. Etage, Großer Saal

■ Mitgliederversammlung der Fachgruppe Musik: Sonnabend, 21. September 2002, Beginn: 10.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Dudenstraße 10, 4. Etage, Großer Saal

Veranstaltungswesen, Darstellende Kunst: Sonntag, 29. September 2002, Beginn: 10.00 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Dudenstraße 10, 4. Etage, Großer Saal

■ Mitgliederversammlung der Fachgruppe Bildende Kunst: Mittwoch, 18. September 2002, Beginn: 16.00 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Dudenstraße 10, 4. Etage, Großer Saal

■ Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) Brandenburg: Freitag, 6. September 2002, Beginn: 14.00 Uhr, Stadt- und Landesbibliothek Potsdam, Am Kanal 47, 14467 Potsdam

■ Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) Berlin: Montag, 30. September 2002, Beginn: 17.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Dudenstraße 10, 4. Etage, Großer Saal

■ Mitgliederversammlung des Bezirksfachbereiches Medien, Kunst und Industrie, Berlin: Sonnabend, 12. Oktober 2002, Beginn: 10.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Dudenstraße 10, 4. Etage, Großer Saal

■ Mitgliederversammlung des Bezirksfachbereiches Medien, Kunst und Industrie, Potsdam: Sonntag, 6. Oktober 2002, Beginn: 10.00 Uhr, in Potsdam (Ort: siehe nächste „Sprachrohr“-Ausgabe)

■ Mitgliederversammlung des Bezirksfachbereiches Medien, Kunst und Industrie, Frankfurt/Oder: Sonnabend, 12. Oktober 2002, Beginn: 10.00 Uhr, in Frankfurt/Oder (Ort: siehe nächste „Sprachrohr“-Ausgabe)

■ Mitgliederversammlung des Bezirksfachbereiches Medien, Kunst und Industrie, Cottbus: Sonntag, 13. Oktober 2002, Beginn: 10.00 Uhr, in Cottbus (Ort: siehe nächste „Sprachrohr“-Ausgabe)

Organisationswahlen 2002

■ Mitgliederversammlung der Fachgruppen Metallverarbeitende, Stahl- und Elektroindustrie und Chemische Industrie – weitere Industriebereiche: Freitag, 20. September 2002, Beginn: 18.00 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Dudenstraße 10, 4. Etage, Großer Saal

■ Mitgliederversammlung der Fachgruppe Druckindustrie und Zeitungsverlage: Sonnabend, 28. September 2002, Beginn: 10.00 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Dudenstraße 10, 4. Etage, Großer Saal

■ Mitgliederversammlung der Fachgruppe Theater und Bühnen, kulturelle Einrichtungen und

TAGESORDNUNG

Für alle Mitgliederversammlungen gilt folgende Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Abstimmung über die Tagesordnung
3. Bestätigung der Wahlordnung und Wahlkommission
4. Bericht des Vorstandes mit anschließender Aussprache
5. Entlastung des Vorstandes
6. Antragsberatung und Beschlüsse
7. Wahlen (Vorstand und Delegierte)
8. Schlusswort des/der Vorsitzenden

Der neue „Ratgeber Freie“ ist da

Das schönste Lob stand in einer Internet-Rezension: „Der Ratgeber Freie beantwortet sogar Fragen, die man selbst noch gar nicht gestellt hat“. Tatsächlich hat sich der Klassiker von mediafon-Berater Goetz Buchholz spätestens mit der 6. Auflage, die jetzt erschienen ist, zu einem umfassenden Kompendium ausgewachsen, das keine Frage des Alltags von Freien im Bereich von Kunst und Medien mehr auslöst:

- Darf die Zeitung meine Artikel auch ins Internet stellen?
- Muss ich als Grafikdesigner ein Gewerbe anmelden?

- Darf ich in meiner Wohnung Musikunterricht geben?
- Wo finde ich einen Mustervertrag für eine Romanübersetzung?
- Muss ich für PR-Fotos 7 oder 16 Prozent Mehrwertsteuer nehmen?
- Versichert die Künstlersozialkasse auch meine Familie?
- Wie hoch ist das marktübliche Honorar im Multimediabereich?
- Welche Gesellschaftsform passt für ein Freies Theater?
- Kann meine Kunstgalerie Exklusivität verlangen?

- Darf ich meinen Radiobericht mehrfach verkaufen?
- Brauche ich als Lektor eine Haftpflichtversicherung?

Gegenüber der letzten Auflage noch einmal deutlich erweitert, behandelt der Ratgeber nun auch die Bereiche Design, Illustration, Lektorat, Multimedia, Online-Medien und PR. Zudem geht er umfassender als bisher auf die Probleme des Networking, der „Komplettangebote“ und der nebenberuflichen freien Arbeit ein. Besonders erfreulich ist, dass der Ratgeber von dieser Auflage an nicht mehr veraltet: Ab Sommer

gibt es ihn auch in einer Internetversion, die ständig aktualisiert wird und für alle, die das Buch gekauft haben, jederzeit abrufbar ist. Außerdem gibt es dort eine Liste aller Neuerungen und Gesetzesänderungen: www.ratgeber-freie.de

Goetz Buchholz: Ratgeber Freie – Kunst und Medien.

6. Auflage, Rechtsstand: 1. April 2002

Berlin: Ver.di GmbH 2002, ISBN 3-932349-06-7, 480 Seiten, im Buchhandel 20,00 Euro, für ver.di-Mitglieder über die Landesbezirke 3,00 Euro. Am besten: abholen im Gewerkschaftshaus Dudenstraße oder Tel. 030/78 80 09-46 bzw. -33!

VORGESTELLT

Eine bunte Truppe

FACHGRUPPE
Metall- und Elektroindustrie,
Stahlindustrie,
chemische Industrie,
weitere Industriebereiche

Von den Fachgruppen, die sich unter dem Dach des Fachbereichs 8 in Berlin-Brandenburg vereinen, sind die Gruppen 1 und 2 wohl die am buntesten zusammengewürfelten. Die 1.500 ehemals in der DAG organisierten Kolleginnen und Kollegen kommen zumeist aus kleineren Betrieben, die 5 bis 100 Mitarbeiter beschäftigten. Dazu sind noch etwa 1.000 Vorruehständler und Senioren zu zählen.

Vorrangig handelt es sich um Angestellte, aber auch ein kleiner Teil Arbeiter befindet sich darunter, bei Philipp Morris zum Beispiel. Die ehemaligen DAG-Kollegen haben sich nunmehr in die große Gewerkschaft ver.di eingereiht. Ob sie nun in einer Kfz-Werkstatt, beim Augenoptiker, in einem Elektro-Betrieb, beim Dachdecker, im Autohaus oder auch in einer Bäckerei ihren Platz haben. Unter anderem zählen

auch die Männer zu diesem Kreis, die uns bisweilen in ihren orangefarbenen Overalls im Straßenbild begegnen, die öffentlichen Vermessungsingenieure. Umfangreichere Gruppen finden wir allerdings in Chemiebetrieben wie Schering oder Metallbetrieben wie Siemens, Franco-ty-Postalia oder DeTeWe.

Anlaufstelle dieser in Berlin und Brandenburg weit verzweigt tätigen und lebenden Gewerkschaftsmitglieder befindet sich nunmehr im Haus der Buchdrucker. Die zuständige Gewerkschaftssekretärin Petra Drews (Foto rechts) hat seinerzeit alle ihre Schützlinge schriftlich von ihrem Umzug aus der Blissestraße unterrichtet. Ist sie – wie zurzeit – fast jeden Tag in einem anderen Betrieb zu Betriebsversammlungen oder Tarifverhandlungen unterwegs, bleibt Mitarbeiterin Dagmar Orminski im Hause und steht als Gesprächspartnerin zur Verfügung.

Ganz problemlos verliehen und verlaufen die aus alledem entstandenen Neuerungen freilich nicht. Was die Grundfragen betrifft, dürfte es eigentlich keine

Schwierigkeiten geben: Die Tarifverträge sind durch ver.di abgesichert. Alle ehemaligen DAG-Mitglieder erhalten ihre rechtlichen Tarifierhöhungen. Abgeschlossen werden Geschäftsbesorgungsverträge. In der großen Tarifkom-

ter jedoch nicht einbezogen.

Wirken die Mitglieder der ehemaligen zahlenmäßig kleinen DAG früher neben den großen Gewerkschaften in den Betrieben, sind sie nun Teil der großen Gewerkschaft ver.di. „Dennoch ist Konkurrenzangst völlig unbegründet.“ Petra Drews betont den Vorteil zweier Gewerkschaften in einem Betrieb. „Es ist wie in der Wirtschaft. Man gibt sich mehr Mühe. Die Arbeit wird nicht zur Routine. Zudem hat jeder seine Spezifik. Die gewerkschaftlichen Fragen aber sind die gleichen.“

In der Zusammenarbeit mit der IG Metall hat sich inzwischen zumeist eine friedliche Abgrenzung vollzogen. Nicht so bei der IG BCE, die bei Schering stur auf dem Standpunkt beharrt: „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft“. Der Streit – noch immer im Gange – geht letztendlich zu Lasten der Mitglieder.

Gemeinsames, darum auch erfolgreiches Wirken hingegen melden die Kolleginnen und Kollegen der Bundesdruckerei. Nicht zuletzt dank Petra Drews' ehrenamtlichem Mitstreiter Günter Kuttner.

Eva Brillke

Fotos: transitiv.Polentz



mission der IG Metall sind Vertreter von ver.di integriert. Bei der IG BCE (früher IG Chemie) werden die benannten ver.di-Vertre-

Entscheidungen im Galoppverfahren

Sechs Bildungsstätten von ver.di sollen zum Jahresende geschlossen werden, darunter das Seminar- und Tagungszentrum der früheren IG Medien in Springen. Das beschloss der Gewerkschaftsrat mit zahlreichen Gegenstimmen in seiner Sitzung am 22./23. Mai.

Die Begründung für die Schließung sind zu hohe Kosten. Etwa 100 Arbeitsplätze würden allein in Springen wegfallen. Bundesweit protestieren ver.di-Gremien an der Seite der Beschäftigten gegen das Vorgehen von Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat. Die Proteste richten sich nicht pauschal gegen die Überlegung, das Bildungskonzept von ver.di zu überdenken. Ebenso herrscht Einigkeit darüber, die Nutzungskonzepte der nunmehr immerhin 17 Einrichtungen, die im ersten ver.di-Jahr 700 Seminare durch-

geführt haben, auf den Prüfstand zu stellen. Es geht um die Art und Weise des Vorgehens, die von den Beschäftigten in Springen als „Skandal“ und als „Arbeitgebermanier“ nach der Devise „Kosten senken durch Arbeitsplatzabbau“ und „Sparen – koste es was es wolle“ bewertet werden. Mit den Betriebsräten der Häuser sei nicht gesprochen worden. Die „politische Kultur des Hauses und die damit verbundene Identifikation vieler Mitglieder“ werde missachtet, heißt es in einem Schreiben der in Springen Beschäftigten. „Kein Haus hatte bisher die Chance, Alternativen vorzuschlagen. Aber darauf wird anscheinend kein Wert gelegt. Warum sonst wird die ganze Aktion innerhalb von vier Wochen (das ist der Zeitraum von der Empfehlung des Len-

kungsausschusses bis zum Gewerkschaftsratsbeschluss, d. Red.) durchgezogen?“ Ein letztendliches Konzept sei für die Springer „nicht erkennbar“.

Bildungsstätte Springen vor der Schließung

Der Vorwurf der Konzeptionslosigkeit und vor allem auch fragwürdiger Kriterien für die Auswahl der zu schließenden Stätten zieht sich durch viele Protestbriefe an den Bundesvorstand, sei es vom Landesfachbereich Medien, Kunst und Industrie Bayern, vom Betriebsrat des Zeitungsverlages Westfalen oder von den Teilnehmern eines Betriebsräteseminars verschiedener Zeitungsverlage in Springen (die Briefe liegen der Redaktion vor).

Auch der Vorstand des Landesfachbereichs Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg teilt diese Kritik. „Es entsteht wieder einmal der Eindruck, dass unter völlig fragwürdigen Vorgaben, mit einer mehr als oberflächlichen betriebswirtschaftlichen Argumentation und vor allem ohne Zahlen vorzulegen, im Galoppverfahren Entscheidungen getroffen werden“, so Constanze Lindemann, Vorsitzende des Geschäftsführenden Vorstandes. Diese Vorgehensweise sei weder inner- noch außergewerkschaftlich vermittelbar. „Deshalb kann dieser Beschluss so keinen Bestand haben. Wir fordern, dass gemeinsam mit den Bildungsstätten und den Gremien in den jeweiligen Regionen erst einmal ein Konzept entwickelt wird, das den Namen auch verdient.“

Karin Wenk

Gefragt sind Lösungen, nicht Bühnen-Sterbebegleitung

Ein Offener Brief der Theater-Fachgruppe an Abgeordnete fordert kulturpolitisches Engagement.

Vor der parlamentarischen Sommerpause erhalten die Abgeordneten, die im Kulturausschuss bzw. im Unterausschuss Theater mitarbeiten, einen Offenen Brief. Der Vorstand der Fachgruppe 10 – Theater und Bühnen, kulturelle Einrichtungen – im ver.di-Landesfachbereich listet darin Probleme und kulturpolitische Aufgaben auf, die dringender Klärung bedürfen. Nach den Haushaltsdebatten haben sich einige akut zugespitzt.

„Alle Theater der Hauptstadt müssen in ihrer jetzigen Rechtsform erhalten bleiben“ steht als Prämisse über dem Schreiben. „Das schließt die Sicherung der Beschäftigungsverhältnisse ein und setzt voraus, dass die jährlichen Tarifanpassungen aus dem Landeshaushalt gezahlt werden“, erläutert Sabine Schöneburg, die zuständige Gewerkschaftssekretärin, die den Offenen Brief mit unterzeichnet hat. Der neueste Ausfluchtversuch aus dem Dilemma der Berliner Kulturfinanzierung, abgesenkte Zuschüsse für große Häuser durch eine Erhöhung der Eintrittspreise auszugleichen, wird von der Gewerkschaft prinzipiell abgelehnt. Schöneburg: „Eine Kartenpreiserhöhung, und sei es nur um einen Euro, ist kulturpolitisch ein völlig falsches Signal. Die Finanzmisere der Stadt würde wiederum auf dem Rücken der Steuerzahler, hier speziell der Theaterbesucher, ausgetragen. Mit generellen Preiserhöhungen würde auch unzulässig in die Betriebsführung der Häuser eingegriffen.“

BALLETT-FUSIONSPLÄNE ENDLICH AD ACTA LEGEN

Die neuesten Pläne des Kultursektors, aus Spargründen die Ballette der Deutschen Staatsoper und der Deutschen Oper zusammenzulegen, stoßen bei ver.di Berlin-Brandenburg auf scharfe

Ablehnung. Die Idee, die auch eine scheinbare Lösung für die gegenwärtige Misere beim Ballett der Deutschen Oper bietet, bedeute tatsächlich keine Stärkung, sondern wiederum nur eine Schwächung beider Tanzensembles, stellt die Fachgruppe fest. Nachdem alle Betroffenen und die Gewerkschaft sich mehr als drei Jahre vehement gegen unausgereifte Pläne für ein Berlin-Ballett zur Wehr gesetzt hätten, sei die Fusions-Idee nun endgültig zu beerdigen, wird gefordert. Gleiches gelte für die hoch bezahlte Stelle eines längst nur pro forma existierenden „Ballettkoordinators“ beim Senat. Dessen Salär könne umgehend eingespart werden und dem Ballett der Deutschen Oper für neue Tänzerstellen zur Verfügung gestellt werden. Speziell dieses Ensemble müsse sowohl strukturell als auch personell gestärkt werden – bis hin zum Engagement eines haus-eigenen Choreographen. Die künstlerische Eigenständigkeit aller Opernballette sei zu sichern. „In Zeiten, wo intensiv um eine Übernahme der Staatsoper durch den Bund geworben wird, ist es mehr als widersinnig, das Haus zuvor durch die Herauslösung der Ballettcompagnie demontieren zu wollen“, gibt Klaus Grunow, Mitunterzeichner des Offenen Briefs und Personalratsvorsitzender an der Staatsoper, zu bedenken. „Keine Zusammenlegung, keine neuen Ensembles, sondern starke, künstlerisch profilierte Ballette an den Häusern“, fordert der Offene Brief.

Die Kinder- und Jugendbühnen der Stadt müssen finanziell besser gestellt werden, um ihre stabile Existenz zu sichern und ihnen Planungssicherheit bei ihrer wichtigen künstlerisch-kreativen Arbeit zu geben. Die Fachgruppe, heißt es im Brief an die Abgeordneten, betrachte mit größter Sorge die Situation am carousel-Theater, wo jahrelange Unterfinanzierung inzwischen die künstlerische Substanz aushöhlt. Die Überweisung eines 1,7-Millionen-Etats auf ein Sperrkonto, um weiteren Personalabbau mit einem Sozialplan

abzufedern, löse nicht eines der perspektivischen Probleme, so Schöneburg. Dem Theater an der Parkaue sei ein „Tod auf Raten“ verordnet. Das Kinder- und Jugendtheater müsse von der politischen Wertigkeit neu definiert werden. Eine ausbalancierte Struktur dieser Bühnen erfordere, dass sie nicht nur vom künstlerischen Anspruch, sondern auch in den Haushaltszuwendungen dem „Erwachsenentheater“ gleichgestellt werden.



Schöneburg beklagt auch das „leise Sterben“ weiterer Bühnen und fragt, ob es die Mitglieder des Kulturausschusses und des Unterausschusses Theater wirklich zulassen wollen, dass das Schlossparktheater zum Ende der Spielzeit schließt, ohne dass die etwa 50 Beschäftigten auch nur einen Euro Abfindung erhalten oder sonstige Übergangsregelungen getroffen werden. „Es wäre etwa eine Million Euro für einen Liquiditätsplan erforderlich, der eine ordnungsgemäße Abwick-

lung mit Sozialplan sichert. Aber bislang ist weder Geld in Sicht noch ein politischer Wille zur Abhilfe“, kritisiert die Fachsekretärin.

DEM NACHWUCHS BESSERE CHANCEN

Schließlich fordert die Fachgruppe, die Ausbildung künstlerisch-technischen Nachwuchses an den Berliner Bühnen perspektivisch abzusichern. Das schließt ein, die Jugendlichen nach Lehrabschluss zumindest befristet weiterzubeschäftigen und ihnen eine „Brücke ins Berufsleben“ zu bauen. „Wir fordern das zumindest für sechs Monate. Besser noch wäre eine Übernahme für ein Jahr, wie es der geltende Tarifvertrag als Kann-Regelung vorsieht“, meint Klaus Grunow.

Für die bisherige Zahl an Ausbildungsplätzen – an der Komischen Oper sind es derzeit sechs, an der Deutschen Oper 20 und an der Staatsoper 29 – sei Bestandsschutz zu garantieren. Es werden Tischler, Damen- und Herrenschneider sowie Schlosser und Bürokaufleute ausgebildet, an der Staatsoper existieren eigene Lehrwerkstätten.

Die Abgeordneten werden dringlich aufgefordert, mit Engagement bessere kulturpolitische Lösungen durchzusetzen. Das verlange Visionen, Ideenreichtum und Suche nach neuen Wegen. Die Gewerkschaft ver.di ist zum Dialog bereit. **neh**



Eine Tischlerlehre in den Werkstätten der Staatsoper absolvieren Wiebke Borges (2. Lehrjahr) und Oliver Mende (3. Lj.), hier mit Lehr-ausbilder Hans-Georg Eggert (Mitte).

„Wir sind ohnehin schlank“

Ballettsprecher der Staatsoper gegen Ensemblefusion

Die Vorstellungen des Kultursenators, dass die Opernhäuser Unter den Linden und an der Bismarckstraße das ihnen auferlegte Sparziel mit einer Zusammenlegung der Ballette erreichen könnten, trifft auf Widerstand. Die Idee, dass „zukünftig eine Ballettcompagnie beide Häuser bespielt“, nimmt Anleihen beim noch immer nicht endgültig zu Grabe getragenen „BerlinBallett“, wird durch den Neuaufguss aber nicht lebensfähiger. Wir sprachen an der Deutschen Staatsoper mit Barbara Schroeder vom Ballettvorstand Solisten und Steffen Neumann, Ballettvorstand Gruppentänzer.

Was haltet Ihr von der „gemeinsamen Compagnie“?

Barbara Schroeder: Gar nichts. Das können sich wiederum nur Leute ausgedacht haben, die von der Sache keine Ahnung haben. Ich bin sicher – und in unserem Haus haben die Finanzexperten das auch nachgerechnet – dass eine Truppe, die beide Häuser bespielt, kein Geld sparen würde, sondern insgesamt teurer käme. Ganz abgesehen davon, dass der logistische und organisatorische Aufwand wächst und von der künstlerischen Qualität niemand redet. In der Staatsoper haben sich sowohl Daniel Barenboim als auch der amtierende und der designierte Intendant gegen eine Zusammenlegung ausgesprochen. Unser Haus könnte die Sparauflagen aus den erwirtschafteten Gewinnen kompensieren, so dass keine Stellen gestrichen werden müssen.

Steffen Neumann: Selbst das Beispiel der Pariser Opernhäuser, wo es eine funktionierende Lösung mit einer Ballettcompagnie gibt, ist nicht vergleichbar. Dort umfasst die Truppe 150 Tänzerinnen und Tänzer. An der Staatsoper hat das Ballett 64 Stellen, an der Deutschen Oper knapp über 30. Summiert wäre das schon mehr, als die Senatsvorstellungen für das „gemeinsame“ Ensemble mit 80 bis 85 Tänzern vorsehen. Eigentlich müssten dann schon Stellen abgebaut werden. Das kann al-

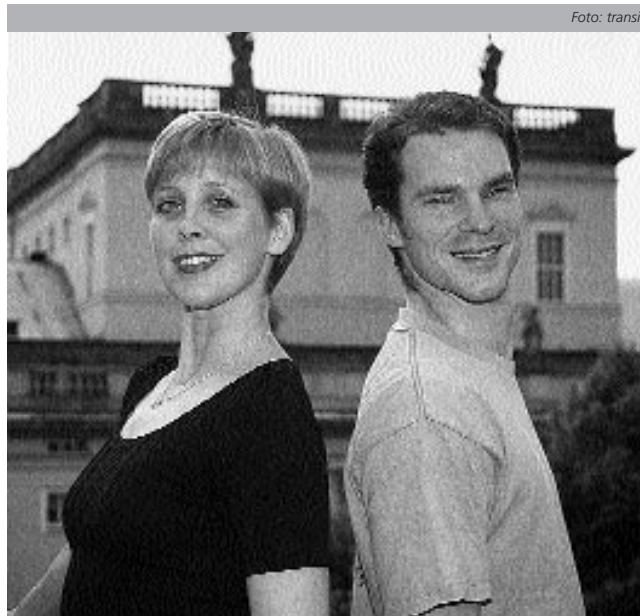


Foto: transit

Gegen geplante Fusion ihres Ballettensembles mit dem der Deutschen Oper: Barbara Schroeder und Steffen Neumann.

lein personell niemals funktionieren. Das Repertoire sieht für bestimmte Stücke einfach Limits vor. Beide Opernhäuser haben große Bühnen zu füllen...

In der Vergangenheit wurden Umstrukturierungspläne bei den Balletten mit mangelnder Qualität und geringer Zuschauerresonanz begründet...

Steffen Neumann: Die Argumente stammen aus Zeiten, als der Kultursenator einen „Ballettkoordinator“ engagierte. Inzwischen ist die Situation eine ganz andere. Wir sind ein erfolgreich arbeitendes Ensemble, geben Gastspiele, haben TV-Life-Übertragungen.

Barbara Schroeder: Die Auslastung unserer Ballettvorstellungen lag im Dezember 2001 bei 99 Prozent. Gut, zu Weihnachten gibt es immer einen Boom, aber auch im Durchschnitt haben wir jetzt 84 Prozent erreicht. Wir bekommen zur neuen Spielzeit mit Herrn Malakhov endlich wieder einen Ballettdirektor und freuen uns auf die geplanten neuen Projekte.

Könnt Ihr nachvollziehen, dass die Zusammenlegungs-Idee als „Stär-

kung des Balletts“ verkauft wird?

Steffen Neumann: Eine Stärkung des Balletts und des Tanzes in Berlin wäre äußerst wünschenswert nach allem, was in den vergangenen Jahren an kulturpolitischen Fehlern gemacht worden ist. Über 40 feste Tänzerstellen sind in den drei Opernhäusern weggefallen. Unser Ensemble könnte man am meisten stärken, wenn man uns in Ruhe unsere Arbeit machen ließe, das, wofür wir ausgebildet und engagiert sind. Ich denke, das gilt ähnlich für unsere Kolleginnen und Kollegen an der Bismarckstraße, deren Lage schwieriger ist.

Barbara Schroeder: Die Grundidee einer Zusammenlegung ist und bleibt falsch. Immer wieder sind es die Ballette, wo Sparpotenziale vermutet werden. Wir sind doch schon schlank, warum sollen ausgerechnet die Tänzer immer wieder abspecken? Zum Glück werden wir im Haus nicht allein gelassen. Wir haben bei der Intendant, bei Herrn Barenboim und im Personalrat viel Rückenbedeckung. Sonst hätte unser Ensemble die vergangenen Jahre nicht so gut überstanden...

neh

ES GAB MEHR ALS DEN SCHWARZEN KANAL

Damals, als das „Fernsehzentrum Berlin“, so der offizielle Name des DDR-Versuchsprogramms, im Dezember 1952 an den Start ging, konnte man noch mit 100prozentiger Sehbeteiligung rechnen. Die wenigen Fernsehempfänger „Leningrad“ standen vorrangig in betrieblichen und kommunalen Einrichtungen. Der damals kursierende Witz, dass der Sendetag mit folgender Ansage beendet wurde: „...Wir verabschieden uns von unseren Zuschauern. Gute Nacht, Genosse Ulbricht!“, verlor aber bald an Aktualität. Auch das Fernsehen der DDR mauserte sich schnell und erfolgreich. Und wenn in diesem Jahr 2002 auf 50 Jahre Fernsehen in Deutschland zurückgeblickt wird, dürfen die 39 Jahre DDR-Television nicht ausgeklammert werden.

Der „Paul-Nipkow-Teleclub e. V.“, unterstützt von ver.di, möchte in einer Ausstellung unter dem Titel „...Es gab nicht nur den Schwarzen Kanal“ Interessantes, Kurioses, Vergessenes, Verkanntes, Erfolgreiches oder weniger Gelungenes aus der Vielfalt des Fernsehens jener Jahre dokumentieren. Unser Ensemble könnte man am meisten stärken, wenn man uns in Ruhe unsere Arbeit machen ließe, das, wofür wir ausgebildet und engagiert sind. Ich denke, das gilt ähnlich für unsere Kolleginnen und Kollegen an der Bismarckstraße, deren Lage schwieriger ist. Die Schau wird nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben, soll aber durch die Auswahl der Exponate Objektivität vermitteln und wird sicher zu Diskussionen anregen. Sie wird vom 12. November 2002 bis 12. Januar 2003 in der MedienGalerie im Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10 in Berlin-Kreuzberg zu sehen sein. Noch sind die Organisatoren in der Vorbereitungs- und Sammelphase. Wer über Material zum DDR-Fernsehen verfügt – gedacht ist an Plakate, Urkunden, Eintrittskarten, Fotos, Videos oder Filmmaterial – könnte es leihweise für die Schau zur Verfügung stellen:

Paul-Nipkow-Teleclub, Rudower Chaussee 3, 12489 Berlin, Tel./Fax: 030/ 67 04 43 24

Eine Botschaft aus den USA

Der aus Indien stammende Zeitarbeiter Raj Jayadev könnte in den USA zum Protagonisten einer neuen Generation von Gewerkschaftlern werden. Dabei arbeitete er im Mekka der Neuen Ökonomie der USA, in Silicon Valley. In einer Branche also, die noch immer zu den gewerkschaftsfreien Zonen gehört und gemeinhin nicht mit Arbeitskämpfen in Verbindung gebracht wird. Doch von den kreativen, flexiblen Arbeitsbedingungen, die dieser Branche nachgesagt werden, konnte Raj Jayadev nur träumen. Er mußte täglich 800 Drucker der Marke Hewlett-Packard in Kartons verpacken. Wie viele seiner Arbeitskollegen wurde er durch die Arbeitsbedingungen krank, litt bald an Atembe-

schwerden und Nasenbluten. Als er sich zu wehren begann, wurde er vom Management zunächst isoliert und schließlich entlassen. Doch Jayadev ließ sich nicht einschüchtern und ging an die Öffentlichkeit. Mittlerweile ist er nicht nur in den USA ein bekannter Mann. Er ist eine der Hauptfi-

der schönen neuen Arbeitswelt hatte schon länger nicht mehr so richtig verfangen. Doch kaum jemand hat bisher so anschaulich wie die beiden Filmemacher dargestellt, wie sehr sich diese Branche auf stupide und schlecht bezahlte Fabrikarbeit stützt. „Die Menschen sollen sich einfach mehr Gedanken machen über die Schattenseiten des Hightech-Booms“, erhofft sich Snitow als Reaktion auf seinen Film. Im Rahmen einer Rundreise durch verschiedene europäische Städte stellten die Filmemacher ihre Arbeit Mitte Mai auch in Berlin vor. Allerdings war der grosse Saal in der Verdi-Bundeszentrale am Potsdamer Platz nur zur Hälfte gefüllt. Dabei ist das Thema nicht nur in den USA aktuell. Eine

Berliner Gewerkschaftler diskutierten mit US-Filmemachern über den Mythos der Neuen Ökonomie

guren eines 60minütigen Dokumentarfilms. Unter dem Titel „The Secrets of Silicon Valley“ hat das amerikanische Filmemacherduo Deborah Kaufmann und Alan Snitow den Mythos der guten Arbeitsbedingungen im Bereich der Neuen Ökonomie erschüttert. Die Propaganda von

UNSER MANN VOR ORT

Seine Zeichenfigur „Unser Mann vor Ort“ stand für den Filmtitel Pate: Ein Videofilm zur Erinnerung an Christian Wiesner-Stippel läuft im Offenen Kanal Berlin am Sonntag, 7. Juli, um 22 Uhr.

wichtige Botschaft des Filmes sieht Snitow in der Warnung vor den Gefahren der gerade auf dem Sektor der Neuen Ökonomie rasant zunehmenden Zeitarbeit. Neben den negativen gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen gehört dazu auch der Verlust gewerkschaftlicher Rechte für die Arbeiter. Deborah Kaufmann nimmt von ihrem Aufenthalt in Europa eine beunruhigende Erkenntnis mit nach Hause: „Es scheint so, als würde Europa mit dem Verweis auf die internationale Konkurrenz die Zeitarbeit gerade jetzt als Wundermittel entdecken, wo in den USA zunehmend die Gefahren in den Mittelpunkt der Debatte rücken.“ Dazu hat der Film wohl mit beigetragen. Schließlich wurde er auf den Wirtschaftsseiten führender US-Zeitungen wie der New York Times besprochen. Auch in Deutschland könnte er noch für Diskussionen sorgen. Verhandlungen mit einem Verleih laufen, auch eine weitere Ausstrahlung in einem Fernsehsender ist im Gespräch. Doch viele wollen nicht so lange warten: Die Filmkassetten waren bei der Debatte schnell vergriffen. „Damit kann ich in meiner Gewerkschaftsgruppe arbeiten. Denn der Mythos von der Neuen Ökonomie und der Zeitarbeit spukt auch in den Köpfen mancher Kollegen“, meinte eine Gewerkschaftlerin am Ende.

B.E.

Peter Nowak

Frösi will wiederkommen

Kinderzeitschrift in Neustartphase

Abonnenten und Käufer des Neuen Deutschland staunten nicht schlecht, am Kindertag als Supplement die Nullnummer einer neuen Frösi vorzufinden. Diese von Kindern in der DDR heissgeliebte Zeitschrift erschien seit 1953 monatlich mit Geschichten, Rätseln, originellen Ideen zur Wissensvermittlung als echtes Beschäftigungsheft. Namhafte Comiczeichner schufen legendäre Figuren. 1991 verschwand Frösi von der Bildfläche. Jetzt will die Berliner HALB & HALB Verlagsgesellschaft in Kooperation mit dem ND einen Neustart wagen. Ein

Großteil des alten Teams hat sich wiedergefunden und unter Verzicht auf Honorar die Nullnummer produziert, das ND ermöglichte Druck und Beilage. „Die Resonanz ist gigantisch“, freut sich Chefredakteur Frank Frenzel. „Uns erreichten in den ersten Tagen über 800 Anrufe, e-mails und Zuschriften – nicht nur aus den neuen Ländern, in denen sich die Eltern erinnern, sondern auch aus den alten.“ Ein Kölner Großvater wollte das Heft sofort für seinen Enkel bestellen, „weil nicht gleich auf Seite 2 eine Leiche“ sei. Bestätigung, dass die Zeit für das

Projekt einer anspruchsvollen Kinderzeitschrift reif sei, hätten die Initiatoren in den schockierenden Ergebnissen der PISA-Studie gefunden. Der HALB & HALB Verlag hat die Titelrechte an der Frösi schützen lassen und will jetzt mit dem hochmotivierten Team zur ständigen Produktion übergehen. Da der kleine Verlag das Projekt nicht allein schaffen kann, ist bisher mit dem Verlag Neues Deutschland verabredet, die Frösi regelmäßig dem ND beizulegen. Über weiteres werde noch verhandelt, so Frenzel.

ANZEIGE

Journalisten, Autoren, Künstler!



Von der Gründung zur erfolgreichen selbständigen Existenz.
Wir beraten, begleiten und betreuen Sie:

- auf dem Weg in die Selbständigkeit, z. B. **Gründung** aus Arbeitslosigkeit/ABM (Antrag Überbrückungsgeld), **Gemeinschaftsgründungen**;
- bei der **Fördermittelbeantragung**, incl. fachlicher Stellungnahme;
- der **Überprüfung** Ihres Konzepts und der betriebswirtschaftl. **Rahmenbedingungen**;
- bei der **KSK-Antragstellung** und sozialen Absicherung;
- bei der Antragstellung für das **Presseversorgungswerk**

MEDIEN
KUNST
KULTUR
CONSULT

Gotlandstraße 7 · 10439 Berlin
Tel.: 030 / 44 65 08 10
Fax: 030 / 44 65 08 11

e-mail: MKKConsult@aol.com
Internet: www.MKK-Consult.de



JOURNALISMUS

Die **bundesdeutschen Presseausweise** können montags bis donnerstags von 8.30 bis 16.30 Uhr. (Tel: 030/78 80 09 29) und die **Presseausweise der IOJ jeden zweiten Dienstag im Monat von 13 bis 15 Uhr** im Gewerkschaftshaus verlängert werden. (Tel: 030/78 80 09 34).

Journalistenstammtisch jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr am Fuße des Berliner Verlages im Kartoffelhaus „Der Alte Fritz“ (Karl-Liebknecht Str. 29, U/S-Bahn Alexanderplatz). Nächste Termine: **22. Juli** und **26. August**.

AG AKTIVE ERWERBSLOSE

Der Bezirksarbeitslosenausschuss von ver.di Berlin trifft sich **jeden 2. und 4. Donnerstag** im Monat jeweils **um 17.30 Uhr** (bis 20.30 Uhr) im ver.di-Haus Berlin-Mitte 10179 Berlin, Engeldamm 70, meist R.301. Tel: 23121-310/ 311; Fax: -633; ehrenamtliche Sprecher Olaf Zygalsky (Tel: 782 13 34), Karin Brandt, Arno Paulus. Die **Redaktion B.A.M.M.** (Arbeitslosenfernsehen) trifft sich **jeden Mittwoch** und die **Redaktion A.I.D.A. jeden Montag jeweils 16 Uhr** in der Medien Galerie. Im OKB (Offenen Kanal Berlin -SK8) sind die Sendungen mit Informationen rund um den Berliner Arbeitsmarkt jeden Montag ab 17 Uhr und jeden Sonntag ab 22 Uhr zu sehen.

LITERATUR

Autorinnen und Autoren, die sich für das mündliche Erzählen überliefern und/oder eigener Geschichten – **Storytelling** – interessieren, sind zur Kontaktaufnahme mit Heima Hasters (Tel. 033841/30583, e-mail: hhasters@aol.com) oder im „Terzo Mondo“, Grolmannstr. 28 am **Donnerstag, 4. Juli, 18 Uhr** eingeladen.

Wer kann...

...eine Schauspieltrilogie über Hugenotten in der Uckermark schreiben?
VS. Tel. 030/7880 0943

Café Littéraire

Lesershow am **29. Juni, 21 Uhr**: Alain Jadot begrüßt Jens Brüning (SFB). Eine Reise in Wort, Licht und Klängen nach „Tristan de Cuna“.
„Green Card“ – szenisches As-

sessement von Andreas Walter / 4. Wiederholung am **27. Juli, 21 Uhr**, TU, Ernst-Reuter-Platz 7, 2. Etage.

Der **VS-Stammtisch** findet jeden **ersten Donnerstag** im Monat, ab **19.00 Uhr**, im „Terzo Mondo“, Grolmannstr. 28, statt. Das Terzo Mondo liegt zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt und ebenso nur wenige Minuten vom S-Bahnhof Savignyplatz (zu erreichen mit der S 5, 7, 75, 9, 3).

FRAUEN

Wir laden alle Frauen des Fachbereichs herzlich zur **Frauen-vollversammlung ein: Donnerstag, 19. September 2002, 17 – 21 Uhr, Haus der Buchdrucker, 4. Stock, Dudenstraße 10**

Was steht an?

- keine Benachteiligung von Frauen in den Tarifverträgen
- Flexibilitätskonzepte, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung
- Qualifizierung für Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit
- Privatisierung und ihre sozialen Folgen (z.B. von Kindergärten)
- und nicht zuletzt **Organisationswahlen**

Auf allen Ebenen, Bezirk, Landesbezirk, Bund, Gewerkschaftsrat, haben wir Frauen das Recht auf einen der Mitgliedsquote entsprechenden Anteil in den Gremien.

Kontakt: 030/78 80 03 42

(Für einen Imbiss wird gesorgt)

LANDESBEZIRK

Medien Galerie

Ausstellung: „Tarifkämpfe in Berlin-Brandenburg 2002“ ab 1. Juli (siehe S. 9)

SENIOREN

Da die Organisationswahlen 2002/03 noch nach den Quoten der fünf Gründungsgewerkschaften stattfinden, sind alle Seniorinnen und Senioren der früheren IG Medien des Bezirks Berlin herzlich zu einer **Bezirksseniorenkonferenz** eingeladen.

Sie findet am **Freitag, 5. Juli, von 10.30 bis ca. 12.30 Uhr** im Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, Saal, 4. Stock statt.

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Bericht über bisherige Aktivität

ten und künftige Arbeit

3. Wahl der Wahlkommission
4. Wahl der Mandatsprüfungskommission
5. Wahl des Sprecherrates
6. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur ver.di-Bezirksseniorenkonferenz
7. Verschiedenes

Seniorengruppe Funkhaus:

Am **26. Juni** mit dem Dampfer nach Oranienburg. Treffpunkt: 10.00 Uhr Tegel, Greenwichpromenade, Brücke 3 (ca. 10 Minuten Fussweg von der U-Bahnhof Endstation Alt-Tegel, U6). Fahrpreis 5 Euro, Mittagessen 7,50 Euro, Rückkehr ca. 15 Uhr.

Die **ADN-Senioren** treffen sich **am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

Die „**Alte-Barden-Runde**“ Berlin, gegründet 1926, trifft sich **jeden zweiten und vierten Mittwoch** im Monat um **15 Uhr** im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

RFAV MEDIEN

Der Berliner **Kinostammtisch** findet im Bistro Café am Arsenal, Fuggerstr. 35, 10777 Berlin (Tel. 030/ 214 14 77) jeden **1. Montag im Monat ab 20 Uhr** statt. Jeden **2. Montag im Monat** trifft sich am gleichen Ort ab 18 Uhr der **Stammtisch für Kleinstdarsteller**.

JUGEND

Die **Medienjugend** trifft sich jeden **ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr** im Jugendraum des Gewerkschaftshauses.

SEMINARE

Non Profit Radio – Bildungswerk, Hörfunkschule Berlin, Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10, 10965 Berlin.

Informationen zu aktuellen Kursen: 030/68 30 20 90 oder unter: www.radiokurse.de.

Seminare für Betriebsräte zu folgenden Themen:

Prekäre Arbeitsverhältnisse und ihre Auswirkungen im Betrieb am 22./23. Oktober in Berlin, Seminar-Nr. 210221

Freie Mitarbeiter im Betrieb: Scheinselbständige, Arbeitnehmer oder echte Selbständige?

am 11. September in Berlin, Seminar-Nr. 209111.

VER.DI
IM INTERNET

<http://www.verdi.de>

**Gewerkschaftshaus
Medienfachbereich**
Dudenstrasse 10
10965 Berlin

Teilzeit- und befristete Beschäftigte – Handlungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer und Betriebsräte am **18./19. September** in Berlin, Seminar-Nr. 209181
Anmeldungen über: ver.di-Landesbezirk, Abt. Bildung, Engeldamm 70, 10179 Berlin

SONSTIGES

Der ver.di Fachbereich Medien, Kunst, Industrie Frankfurt/Oder ist seit März unter folgender Adresse erreichbar: Zehmeplatz 14, 15230 Frankfurt/Oder, Tel: 0335/ 606770; Fax: 0335/6067777.
Der ver.di Bezirk Frankfurt/Oder ist nun unter folgender Adresse zu erreichen: Am Herrensee 38, 15344 Strausberg.

Sprachrohr 4/02
erscheint am 24.8.02
Redaktionsschluss
am 29.7.02

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg

Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Dudenstraße 10, 10965 Berlin. Tel: 030/78 80 09 0.

Redaktionelle Betreuung: Karin Wenk, transit.berlin.pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-65, Fax: 030/61 30 96-66.

Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030/61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Waisenstraße 1, 10179 Berlin, Tel: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Tribüne Druck-GmbH, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin.

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5,- Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an:
ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Dudenstraße 10, 10965 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Dudenstraße 10, 10965 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5.00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Dudenstr. 10, 10965 Berlin.

Vier Mal 1. Mai 2002 in Berlin

Ein Resümee über Deeskalation und „notwendig gewordene Rituale“

Im „B1-Spezial“ bescheinigte Innenminister Körting (SPD) den Veranstalter der diesjährigen 18-Uhr-Demonstration vorab sogar Politikfähigkeit. Polizei und BGS wurden zu Deeskalation verpflichtet. Das gescheiterte Personenbündnis mit Sprecher Prof. Grottian von der FU Berlin kritisierte, Teile der linken Szene Berlins als auch der Polizeiführung hätten kein ausreichendes Interesse, das für beide Seiten „notwendig gewordene Ritual“ zu durchbrechen. Ein Bericht von vier Demonstrationsorten:

Mitte, ab 10 Uhr:

Die traditionellen Sternmärsche der Einzelgewerkschaften wurden durch eine gemeinsame Demonstration ersetzt. Gab es in den letzten Jahren stets drei Züge zum DGB-Fest vor dem Roten Rathaus, so liefen dieses Jahr nahezu 10 000 Menschen gemeinsam vom Brandenburger Tor los. Alle Einzelgewerkschaften waren deutlich vertreten. Vor allem der Protest gegen das Sparpaket des Berliner Senats im öffentlichen Dienst, aber auch die anstehenden Streiks im Metallbereich prägten die Demo. Der aktuelle Konflikt im Nahen Osten wurde durch einen Block der Palästinensischen Gemeinde Berlin thematisiert. Die Verbesserung der Haftbedingungen in der Türkei forderten kommunistische Gruppen und die kurdische Kadek. Kurz vor dem Roten Rathaus ließ es sich die Berliner FDP nicht nehmen, durch eine Art Gegenkundgebung zu provozieren. Eine Fle-

xibilisierung des Arbeitsmarktes und ein „Fallen des Tarifkartells“ forderten ganze 17 Liberale, denen obendrein noch Polizeischutz zuteil wurde.

Insgesamt wurde allerdings deutlich, dass die Gewerkschaften ihren Mitgliederschwund – insbesondere im Jugendbereich – (noch) nicht überwunden haben. Als Forum einer Jugendbewegung gegen soziale Mißstände, als starke Struktur für engagierte Auszubildende konnten die Gewerkschaften auch in diesem Jahr kaum wahrgenommen werden.

Hohenschönhausen, ab 12 Uhr:

Die Berliner NPD erhielt auch diesmal nur die Möglichkeit, am Stadtrand zu marschieren. So liefen etwa 650 Anhänger zwischen dem Bahnhof Hohenschönhausen und Falkenberg zwei Stunden lang in einer kreisförmigen Route. Massive Polizeipräsenz sorgte für einen störungsfreien Ablauf. Augenscheinlich, wie demotiviert das äußerst junge Neo-Nazi-Potenzial inzwischen zu sein scheint. „Kämpferische Kameradschaft“ wurde weder durch antifaschistische Gegensprechchöre noch durch wiederholte vorläufige Festnahmen durch zivile Beamte wegen Verstoßes gegen den § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) herausgefordert. Ein wesentlicher Teil der regionalen Kader der rechten Szene hielt sich vermutlich bei

den diversen NPD- Demonstrationen im Bundesgebiet auf.

Kreuzberg, 16 Uhr:

Gruppen aus der linken Szene, verschiedene türkisch-kurdische Initiativen und palästinensische Gruppen riefen zu einer Demonstration durch den Osten Kreuzbergs auf. Unter dem Motto „Kapitalismus zerschlagen“ wurden vor allem die Kriegspolitik der Bundesregierung und die NATO-Interventionen im sogenannten Anti-Terror-Kampf lautstark kritisiert. Eine zuvor am Kreuzberger Oranienplatz begonnene Demonstration maoistischer Gruppen schloss sich an, so zogen mehrere Tausend Demonstranten zum Heinrichplatz. Mit „Laufpublikum“ und Schaulustigen waren gegen 18 Uhr zwischen Kottbusser Tor und Engeldamm fast 10.000 Menschen auf den Beinen.

Die Lage eskalierte, als Jugendliche aus dem Kiez vereinzelt versuchten, Barrikaden in den umliegenden Straßen zu errichten. Autos wurden in Brand gesteckt und bis zu 500 vorwiegend junge Menschen griffen Polizeifahrzeuge an. Die Auseinandersetzungen dauerten bis fast 24 Uhr.

Mitte, ab 18 Uhr:

Hier wurde von einem Bündnis vorrangig antifaschistischer Gruppen unter dem Motto „Macht verrückt, was Euch verrückt macht!“ zum Rosa-Luxemburg-Platz mobilisiert. Etwa 9.000 Menschen folgten dem Aufruf.

Auch angetrunkene Hooligans ließen sich nicht abhalten, dabei sein zu wollen. Zugereiste aus ganz Deutschland liefen dann mit dem Demonstrationszug eher schnellen Schrittes Richtung Kreuzberg. In Höhe Heinrich-Heine-Straße ließ die polizeiliche Einsatzleitung mitteilen, daß die Demo wegen der nur einen Kilometer entfernt stattfindenden Krawalle umgeleitet werden müsse. So wurde dann am Michaelkirchplatz sogar auf eine Abschlussskundgebung verzichtet. Es folgten Krawalle, denen die Einsatzkräfte trotz massiver Präsenz vor Ort zunächst scheinbar machtlos gegenüber standen.

Resümierend kann tatsächlich vom Versuch einer Deeskalationsstrategie der Polizei gesprochen werden. Zusätzlich hatte man auf etwaige „Störer“ schon im Vorfeld eingewirkt. So erhielten im Raum Berlin-Brandenburg etwa 50 aktenkundige Demonstranten schon Tage vor dem 1. Mai Besuch durch die Polizei. In einigen Fällen wurde gedroht. Man werde ihn auf jeden Fall festnehmen lassen, sollten „Sie im Innenstadtbereich in einer Menge gesehen werden“, wurde etwa dem 24-jährigen IG-Metall-Kollegen Thomas L. mitgeteilt. Er war im Herbst 2001 durch das Entfernen von NPD-Propaganda aufgefallen. „Ein ungeheuerlicher Vorfall von Einschüchterung linker Jugendlicher, der offensichtlich zur Normalität wird“, meint Alain Mundt, anwaltlicher Vertreter der Demonstrationsorganisatoren vom Rosa-Luxemburg-Platz.

Hannes Heine